Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang | Freitag, 20. April 1934 | Nr. 92

Nachschub für Wöllersdorf

81 Sozialdemokraten an die Stelle der Nazi

Wien, 19. April. Am 19. April wurden 81 sozialdemokratische und kommunistische Parteigänger, die bisher in Wien angehalten worden waren, in das Anhaltelager nach Wöllersdorf überstellt. Unter ihnen befindet sich eine größere Anzahl ehemaliger sozialdemokratischer Mandatare.

*

Die Prozesse gegen Schutzbündler dauern an, wobei die Gerichte außerordentlich harte Strafen verhängen. So wurde der Führer des Schutzbundes in Engelsfeld, Alois Wohak, der während der Feberkämpfe die Arbeiter der dortigen staatlichen Munitionswerkstätten zum Streik aufgefordert hatte, in Wiener Neustadt wegen Hochverrat zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Vor dem Kreisgericht in Leoben standen heute 37 Angehörige des Republikanischen Schutzbundes aus der Gemeinde Thörl, die sich an den dortigen Feberkämpfen beteiligt hatten. Die Klage lautete auf Hochverrat. Der Hauptangeklagte Josef Vaněk, Vorsitzender der aufgelösten sozialdemokratischen Partei, erhielt dreieinhalb Jahre schweren Kerker, sein Stellvertreter 3 Jahre, die Angeklagten Kerein zweieinhalb Jahre, Hillimayer zwei Jahre und 27 weitere Angeklagte 12 bis 18 Monate schweren Kerker. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen.

Wozu

braucht Deutschland 16 „Luftämter"?

Berlin, 19. April. Durch die Verordnung über den Ausbau der Reichsluftfahrtverwaltung vom 18. April wird die Gesamtverwaltung der deutschen Luftfahrt als eine Sonderverwaltung neben der allgemeinen Verwaltung begründet. Als dem Reichsminister der Luftfahrt unmittelbar nachgeordnete Behörden werden 16 Luftämter errichtet, und zwar in Berlin, Breslau, Darmstadt, Frankfurt a. M., Hannover, Kiel, Köln, Königsberg, Magdeburg, München, Münster, Nürnberg, Stettin, Stuttgart und Weimar.

Liebeswerben um Bulgarien

Berlin, 19. April. Heute früh ist, aus London kommend, der bulgarische Ministerpräsident und Außenminister Muschanow in Berlin eingetroffen. Zu seiner Begrüßung hatte sich der Staatssekretär vom Auswärtigen Amte Bülow mit mehreren offiziellen Persönlichkeiten eingefunden. Außerdem waren der bulgarische Gesandte in Berlin mit dem ganzen Personal der Gesandtschaft und zahlreiche Mitglieder der bulgarischen Kolonie anwesend.

Zu Ehren des Gastes wird eine ganze Reihe von Empfängen veranstaltet. Die deutsche Presse widmet ihm sichtlich inspirierte Begrüßungsartikel.

Muschanow war vorher in London und Paris, um dort die Frage der bulgarischen Auslandsschulden einer Klärung zuzuführen. Die deutsche Diplomatie will Bulgarien offenbar in ihr Schlepptau ziehen und die kürzliche Weigerung Bulgariens, dem Ballanpakt beizutreten, dürfte bereits auf diese Einflüsse zurückzuführen sein. Um Bulgarien aber auch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland vor Augen zu führen, hat Deutschland, das sonst der Hauptabnehmer für die bulgarische Tabakernte ist, in letzter Zeit seine Tabakbestellungen auffällig stark reduziert. Weitere Bestellungen sollen sichtlich von politischen Zugeständnissen Bulgariens abhängig gemacht werden, die es ganz unter deutsches Kuratel stellen würden.

England wartet ab

was Suvich sagen wird

London, 19. April. Der Abrüstungsausschuß des britischen Kabinetts hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der er sich mit der durch die letzte Note der französischen Regierung geschaffenen Lage befaßte. Obwohl sich die amtlichen Kreise jedes Kommentars zur letzten französischen Abrüstungsnote enthalten, ist es doch offensichtlich, daß die Minister mit größter Sorgfalt die Aussichten auf eine neuerliche Eröffnung der Abrüstungskonferenz prüfen, um so die Möglichkeiten für die Ausarbeitung einer Abrüstungskonvention festzustellen.

In englischen politischen Kreisen wartet man auch insbesondere ab, welchen Standpunkt Italien und Belgien einnehmen werden, und schreibt dem Besuch des italienischen Unterstaatssekretärs Suvich, der Sonntag in London eintrifft, große Bedeutung zu. Reuter meldet, daß Suvich über die letzte französische Note und über den italienischen Standpunkt hiezu mit Sir Simon und Lord Eden konferieren wird. In italienischen Kreisen werde die Hoffnung ausgesprochen, daß die anglo-italienischen Unterredungen zur Aufklärung der Atmosphäre beitragen werden, wie dies ähnlich bei dem römischen Besuch Macdonalds und Sir Simons der Fall gewesen sei. Suvich vertrete die Ansicht, daß eine wenn auch beschränkte Abrüstungskonvention besser sei als überhaupt nichts.

Aus Paris wird gemeldet, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß Suvich auf der Durchreise nach London mit dem Ministerpräsidenten Doumergue eine Begegnung haben werde.

Der deutsche Wunschzettel

Das am Mittwoch abends veröffentlichte englische Weißbuch über den Notenaustausch in der Abrüstungsfrage enthält u. a. auch eine deutsche Note vom 16. April an England, die eine Zusammenfassung der schon längere Zeit bekannten deutschen Forderungen darstellt. In dieser Veröffentlichung wird u. a. wiederholt:

1. Daß die deutsche Regierung nicht zwei Jahre lang auf die angemessenen Mittel für Deutschlands Luftverteidigung warten kann;

2. daß Deutschland bei Inkrafttreten des Abrüstungsabkommens eine für die Verteidigung bestimmte Luftflotte zu besitzen wünscht, d. h. eine Luftflotte ohne Bombenflugzeuge. Ihre zahlenmäßige Stärke soll 30 Prozent der kombbinierten Luftflotten sämtlicher Nachbarn oder 50 Prozent der Luftflotte Frankreichs nicht überschreiten, je nachdem, welche Zahl die größere ist;

3. während der ersten fünf Jahre einer auf zehn Jahre geschlossenen Abrüstungsvereinbarung wünsche Deutschland keine größere Zahl von Flugzeugen; aber nach diesen fünf Jahren fordere es, daß die Herabsetzungen und Erhöhungen vorgenommen werden, die notwendig sind, damit Deutschland am Ende der zehn Jahre der Abrüstungsvereinbarung sich auf dem Fuß voller zahlenmäßigter Gleichberechtigung mit den wichtigsten Luftmächten befindet;

4. die deutsche Regierung erklärt sich auf der Grundlage der Reziprozität zur Annahme der vom Reichskanzler gegenüber Eden am 21. Feber erwähnten neuen Regulierungen bereit, die den nichtmilitärischen Charakter (?!) der SA und SS sicherstellen sollen;

5. die deutsche Regierung sei auch bereit zuzustimmen, daß die anderen Mächte die Herabsetzung ihrer Rüstungen bis zum Ende des fünften Jahres der Konvention aufschieben, wenn die in dem englischen Memorandum niedergelegten Abrüstungsmaßnahmen während der zweiten fünf Jahre der Konvention durchgeführt werden;

6. die deutsche Regierung erkennt auch für die Zukunft die Locarno-Verträge an;

7. Deutschland ist der Ansicht, daß seine Rückkehr zum Völkerbund nur zur Sprache gebracht werden kann, nachdem die Abrüstungsfrage und besonders die Frage der deutschen Gleichberechtigung gelöst ist.

Neudeutschlands Enttarnung

Tommy: „Aha, so schaut er von hinten aus!"

Frankreich fordert Klarheit!

Was ist der Sinn der französischen Note, die am 17. April abends in London überreicht wurde? Frankreich bricht alle inoffiziellen Fühlungnahmen und Verhandlungen ab, mit denen England und Italien die Abrüstungskonferenz wieder flott zu machen versuchten. Es erklärt ausdrücklich, nicht bereit zu sein, den gegenwärtigen Stand der deutschen Rüstungen als vollendete Tatsache und als Basis einer neuen Vereinbarung anzuerkennen. Es verlangt, daß der offizielle Apparat der Abrüstungskonferenz wieder zu arbeiten beginnt und daß er sich mit der Tatsache der vertragswidrigen deutschen Aufrüstung beschäftigt.

Die Abrüstungskonferenz, die im Feber 1932 zusammentrat und die Vertreter von 61 Staaten der Welt vereinigte, befindet sich seit dem Austritt Deutschlands am 14. Oktober v. J. in einem Zustand der Agonie. Wohl ist verschiedentlich das Bureau der Konferenz unter dem Vorsitz Hendersons zusammengetreten — zuletzt am 10. April — aber immer nur, um sich wieder zu vertagen, und der Hauptausschuß, bei dem die eigentliche sachliche Arbeit liegt, ist überhaupt nicht mehr in Erscheinung getreten. Die nächsten Termine im Kalender sind Ende April neue Bureausitzung und etwa am 23. Mai Hauptausschuß. Ohne die neue Note Frankreichs war Tausend gegen Eins zu wetten, daß auch diese Termine wieder gestrichen worden wären. Ob die Pariser Initiative ausreichen wird, um eine Sitzung des Hauptausschusses zu erzwingen, muß die Zukunft lehren.

Man hat den Hauptausschuß der Konferenz von Vertagung zu Vertagung geschleppt, um einen Kladderadatsch zu vermeiden. Praktische Arbeit könnte der Hauptausschuß nur leisten, wenn es zuvor gelungen wäre, eine Verständigung unter den Großmächten herbeizuführen. Kommt es zu einer solchen Verständigung nicht, so kann der Hauptausschuß nur zweierlei tun: er kann entweder seine vollkommene Unfähigkeit demonstrieren oder er kann wenigstens versuchen, einen moralischen Druck auszuüben. Käme es wirklich dazu, daß sich etwas wie eine Einheitsfront gegen die Bedrohung Europas durch den aufrüstungstollen Hitlerismus bildete, so wäre das für Frankreich ein erheblicher Erfolg. Geht aber die nächste Sitzung des Hauptausschusses auch wieder aus wie das Hornberger Schießen, so wird aus Berlin ein Hohngelächter der Hölle antworten.

„Es wäre verhängnisvoll für die Konferenz, wenn sie eine Politik treiben wollte, die auf das Geständnis ihrer Unfähigkeit hinausliefe. Das wäre ein furchtbarer Schlag für den Völkerbund, für die Abrüstung und für die Ehre der Konferenz," so sprach der Vorsitzende Henderson im Herbst v. J. Mit zäher Geduld versuchte er immer wieder etwas zu retten: wenn schon nicht die Abrüstung, so doch den Rüstungsstillstand, dann doch wenigstens die Beschränkung der Aufrüstung. Noch nach Überreichung der dreisten Note Neuraths in London plädierte die „Times" für eine Konvention, durch die Deutschland verpflichtet werden soll, gewisse Grenzen in seiner Aufrüstung innezuhalten. Alle Vorschläge dieser Art gehen blind an der entscheidenden Tatsache vorbei, da man die gegenwärtige deutsche Regierung durch Abmachungen, Vereinbarungen und unterschriebene und gesiegelte Verträge nicht binden kann. Für diese deutsche Regierung ist ein Vertrag nur ein Mittel, den anderen zu binden, wenn er so altväterisch gesinnt ist, sich binden zu lassen. Kommt dieser andere dabei zu Schaden, so hat er das nur seiner eigenen Dummheit zuzuschreiben. Denn eigentlich müßte er wissen, daß

das Halten von Verträgen nach nationalsozialistischer Auffassung nur ein „liberalistisches Vorurteil" ist und daß dem Hitlerdeutschen überhaupt kein geschriebenes Recht mehr gilt, wenn ihm ein angebliches Interesse der Nation entgegensteht.

Darum war das Bestreben Englands, Frankreich und Deutschland zu einer Verständigung in der Rüstungsfrage zusammenzubringen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Beitenfalls hätte dabei nur ein beschriebenes Stück Papier zustandekommen können, das ebensoviel wert gewesen wäre wie ein Zahlungsversprechen des Herrn Schacht. Und darum muß man für Frankreich Verständnis haben, das endlich aus dem Zwielicht heraus ins Klare kommen will. Ist die Abrüstungskonferenz, die seit einem halben Jahre keine Lebenszeichen mehr von sich gibt, tot, dann muß man sie auch endlich begraben. Lebt sie aber noch, so soll sie zeigen, was sie kann!

Der Hauptausschuß der Konferenz könnte, wie schon gesagt, unter der Voraussetzung, daß ein gewisses Minimum von Einigkeit da wäre, einen starken moralischen Druck ausüben. Aber die Hoffnung, daß dieses Minimum von Einigkeit vorhanden wäre, ist nicht groß. Der Kampf gegen die deutsche Aufrüstung kann nur geführt werden als ein Kampf gegen die Gesinnung, die heute in Deutschland herrscht. Aber für diese Gesinnung hat man in vielen Kanzleien Europas viel Verständnis, ja sogar eine gewisse Sympathie. Begegnen sich die europäischen Mächte auf dem gemeinsamen Boden des Militarismus, dann hat das Hitlerdeutschland gute Chancen. Erst wenn die Fahne der internationalen Menschlichkeit und Freiheit aufgepflanzt wird, sieht es sich einem Gegner gegenüber, der ihm auf alle Fälle überlegen ist.

Mag sein, daß man die Abrüstungskonferenz noch zu einer letzten Lebensäußerung bringen kann. Die Abrüstung Europas bleibt endgültig vertagt bis nach dem Sturz des deutschen Fascismus.

Fascistischer Gegenangriff auf die Büchereien

Es passt ihnen nicht, dass die Demokratie sich wehrt!

Vor einiger Zeit hat das Unterrichtsministerium den Gemeindebüchereien den Auftrag erteilt, gewisse Bücher, die mit den Aufgaben der Bücherei in einem demokratischen Staatswesen unvereinbar sind, zu entfernen. Es wurde eine genaue Liste der schlechthin verbotenen und der in den öffentlichen Büchereien unzulässigen Bücher ausgegeben. Mag sein, daß diese Liste den einen oder andern Schönheitsfehler hat. Eine solche Arbeit läßt sich nicht durchführen, ohne daß Einzelheiten strittig bleiben. Aber hier war ein „Mehr" wirklich weniger schädlich als ein „Zu wenig".

Gewissen Kreisen, die jahrelang die öffentliche Volksbildung im demokratischen Staate zu ihren fascistischen Treibereien benützt haben, paßt das energische Vorgehen der Regierung natürlich nicht. Sie setzen zum Gegenangriff ein und es hat den Anschein, als ob hier sehr systematisch vorgegangen würde. Der Generalstab der Aktion scheint sich in Reichenberg zu befinden. Wer die „Gesellschaft für deutsche Volksbildung" kennt, wird auch wissen, auf welcher Grundlage die fascistische Aktion organisiert wird.

Vom 24. bis 26. März hielt die genannte Gesellsagaft in Böhmisch-Leipa eine Tagung ab, bei der Herr Dr. Herr aus Warnsdorf (Stadtbuchwart) als Hauptreferent auftrat. In dem Bericht, den die Gesellschaft an die Presse ausgab und der mehr minder verändert auch in verschiedenen Provinzzeitungen erschienen ist, heißt es, daß die Versammlung mit „Bedauern" die behördlichen Maßnahmen zur Kenntnis nahm, weil durch sie die „Voraussetzungen demokratischer Gemeinschaftsformung" eingeengt würden. Die Listen seien „flüchtig" (fehlt noch fascistische Literatur?) und „fehlerhaft" (warum?). Die Praxis der Regierung bedeute „nicht nur eine Abschnürung vom Hauptgebiet des deutschen Kulturschaffens, sondern auch eine unerträgliche Beschränkung unserer Bildungsgrundlagen". Vom Dritten Reich als dem Hauptgebiet des deutschen Kulturschaffens zu reden, ist Geschmackssache. Aber die Herren in der Gesellschaft für deutsche Volksbildung haben den dringenden Wunsch „sich über die Strukturveränderungen des für uns lebenswichtigsten Staates zu informieren". Sie vergessen nur, daß zu solcher Information die Bücher am wenigsten taugen, die in besagtem Staate hergestellt sind. Denn wie soll ein Schrifttum objektiv informieren, das unter beispiellos gewalttätigen Zensurbedingungen zustande kommt, das „gleichgeschaltet" und vom Reichslügenamt geleitet wird?! Die Herren sollen sich doch aus dem Schrifttum informieren, das ohne die Zensur Goerings und ohne Anleitung durch Goebbels erscheint, sie werden dann auch lernen, daß die „Strukturwandlungen" jenseits unserer Grenze unseren Nachbar nicht so sehr für uns lebenswichtig als zur einer Bedrohung für unser Aller Leben machen. Die Herren Lehmann und Herr fordern „freie Diskussion und Meinungsbildung", die ihnen niemand beschneidet, soweit sie nicht darüber diskutieren, wie sie die Meinungsbildung der Anderen am sichersten verhindern können. Bezeichnend für ihre Auffassung von demokratischer Volksbildung ist die Behauptung, die „massenhaften politischen Prozesse" hierzulande beruhten auf „Bildungsmängeln" — bei den Tschechen! Die Tschechen sind zu ungebildet, den Hitlerismus zu verstehen und die demokratische Volksbildung, soll wohl diese Bildungslücken ausfüllen, damit wir bald mit dem Lande des deutschen „Kulturschaffens" gleichgeschaltet werden!

In der „Reichenberger Zeitung" wird das Ergebnis der Tagung in die Parole gefaßt: „Ohne freie Volksbildung keine Demokratie", aber auch hier wird mit keiner Silbe die Frage berührt, wie beides, freie Volksbildung und Demokratie auch nur mit Neutralität gegenüber dem neudeutschen Grauen vereinbar ist!

Die „Heimatbildung" des Nazivolksbildners Lehmann hatte schon im Jänner gegen ein anonymes Bücherverzeichnis polemisiert, dessen Urheberschaft sie ohne allen Beweis den „Emigranten" in die Schuhe schob, gegen die sie bei dieser Gelegenheit ausfällig wurde.

Mit Volldampf geht die „Junge Front" (Niedergrund bei Warnsdorf) ins Zeug, eines der frechsten fascistischen Blätter. In Form eines Offenen Briefes an den staatlichen Bücherei-Inspektor wird dort in der unverschämtesten Weise, ganz im Goebbel-Stil also, gefordert, daß die sozialdemokratische Parteipresse aus den öffentlichen Lesehallen, daß Marx' „Kapital" aus den Büchereien zu entfernen seien.

„Warum fühlt sich von diesem zersetzenden und aufhetzenden Geistesprodukt (— das der hoffnungsvolle Hitlerjunge nie gelesen hat —) die Demokratie nicht bedroht?" schreibt das Blatt, in dem die zweite Garnitur des „Kameradschaftsbundes" ihre Fibelweisheiten verzapft. Dann heißt es wieder: „Gerade die Demokratie muß da weitherziger sein. Sie muß einzelnen Richtungen ihr Dasein lassen, ja ihre Entwicklung ermöglichen". Natürlich! Ganz so ist sie in Deutschland vor die Hunde, besser gesagt vor die Hyänen, gegangen. Welche „einzelnen Richtungen" gemeint sind, erfährt man mit wünschenswerter Deutlichkeit. Daß „alle Bücher prominenter Persönlichkeiten des heutigen Deutschlands ausgeschieden wurden", daß E. Jungs Buch „Herrschaft der Minderwertigen" (womit allerdings nicht die Nationalsozialisten gemeint sind), daß ein Buch des Herrn Pleyer „Der Weg ins Reich", das noch nicht erschienen ist und „nach unseren Informationen auch in absehbarer Zeit nicht erscheinen wird" (wahrscheinlich wegen der „Engherzigkeit" der Demokratie, die den Pleyers und Konsorten den „Weg ins Reich" erschwert hat) ausgeschieden wurden, das schmerzt die Herren. Sie werden auch ironisch und fragen, ob man unter Demokratie verstehe, „daß 20 Dummköpfe zwanzigmal so viel zu sagen haben wie ein Weiser". Es wäre gut, daß man ihnen die Möglichkeit nähme, so viel zu sagen, damit sie von der Demokratie nicht eine so schlechte Meinung haben. Vielleicht gehen sie nach Deutschland, dem Land, das wirklich eine klassische Demokratie nach der Anschauung dieser Herrschaften zu sein scheint, denn dort wurde Einstein ausgebürgert und drei oder vier — Führer haben mehr zu sagen als 60 Millionen!

Der Fascismus versteht die Sprache der Verständigung nicht. Er hört nicht auf Argumente, er ist durch Milde nicht zu belehren. Jede Höflichkeit des Gegners reizt ihn zu Bübereien, jede Rücksicht zu Brutalitäten. Die Regierung wird gut daran tun, den neuen Angriff der Fascisten so abzuwehren, daß sie verstehen, wieviel's geschlagen hat!

Eine halbe Milliarde Dollar

für öffentliche Arbeiten in USA

Washington, 19. April. Präsident Roosevelt hat beschlossen, eine halbe Milliarde Dollar dem Bundesamt für öffentliche Arbeiten im nächsten Finanzjahr, das am 1. Juni beginnt, zur Verfügung zu stellen.

Emigranten-Entführung verhindert

Vorgestern wurden bei Brandau an der böhmisch-sächsischen Grenze — wie „B. C. Sl." meldet die 27jährige Anna Fischer aus Meißen und der 34jährige Paul Ebert aus Chemnitz unter dem Verdacht verhaftet, nach Böhmen gekommen zu sein, um reichsdeutsche Emigranten über die Grenze zu locken und der SA. auszuliefern. Ebert ist Mitglied der SA, in der er eine höhere Funktion bekleidet. Die Verhafteten wurden nach Komotau gebracht und werden wegen Versuchs des Menschenraubes und wegen Verbrechen gegen das Republik-Schutzgesetz vor Gericht gestellt werden.

Die Aushilfe für die Osseker Witwen

Prag, 19. April. Amtlich wird mitgeteilt: Das Ministerium für öffentliche Arbeiten wies aus dem Fonds für die Hinterbliebenen nach den Opfern der Katastrophe auf dem „Nelson"-Schacht der Bezirksbehörde in Brüx einen entsprechenden Betrag an, um allen Witwen und Waisen sofort eine einmalige Aushilfe von je 400 Kč auszahlen zu können. Diese Aushilfe wurde den Hinterbliebenen bereits ausgezahlt. Die definitive Lösung der Verteilung dieses Fonds wird in den nächsten Tagen beendet werden.

Der Plan in der Glasindustrie

Durch die Regierungsverordnung vom 13. April d. J. wurde bestimmt, daß in den kommenden Jahren bis 1938 zur Errichtung neuer Betriebsstätten zur Glaserzeugung (Glashütten), zur Veredelung von Hohlglas oder Glas, aus welchem Gablonzer Waren hergestellt werden, ferner zur Wiederingangsetzung solcher Betriebsstätten, deren Genehmigung laut § 33 der G.-O. erloschen ist oder zu deren Erweiterung eine Anzeige an das Gewerbeamt notwendig ist, und schließlich zur Erzeugung von Gablonzer Waren, Tafelglas, Spiegelglas usw., wenn sie von den betreffenden Firmen bisher nicht erzeugt wurden, eine Genehmigung des Handelsministeriums notwendig ist. Vor der Entscheidung wird vom Handelsministerium, welches im Einvernehmen mit den Ministerien für soziale Fürsorge und des Innern vorzugehen hat, ein Beirat gehört werden, welcher sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zusammensetzt.

Auf Grund dieser Regierungsverordnung wird in der Hohlglasindustrie eine Organisation mit dem Namen „Duta" geschaffen, welche erst auf dem inländischen und dann auch auf dem Auslandsmarkt ein planmäßiges Vorgehen aller Erzeuger in der Tschechoslowakei organisieren wird. Der Zweck des gemeinsamen Vorgehens ist die Beseitigung der anarchistischen Produktion, die zu Preisunterbietungen geführt hat, welche schließlich auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt wurden. Es wurden auch bereits Verhandlungen mit reichsdeutschen Produzentenverbänden geführt, die den Schleuderpreisen auf den ausländischen Märkten ein Ende machen sollen. Die günstigen Auswirkungen der Regierungsverordnung sind auch daran erkennbar, daß in den letzten Tagen eine Anzahl lange stillgelegter Betriebe, wie Rasche in Ullrichsdorf bei Böhm.-Leipa, Loschek in Falkenau-Kittlitz u. a. die Arbeit wieder aufgenommen haben.

77

A. M. de Jong:

Verschlungene Pfade

Ein Roman in vier Episoden

Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen von E. R. Fuchs.

Nun habt ihr gesiegt. Und in den noch vollkommen unorganisierten Land habt ihr ein Heer auf die Beine gebracht, schlecht ausgerüstet, und ihr habt uns allesamt geschlagen. Dem Tod seht ihr mit einer ernsten Ruhe entgegen, einen Mann, für den du Freundschaft zu fühlen vorgibst, verurteilt ihr mit derselben ernsten Ruhe zum Tod . . eure Kräfte sind unbegreiflich . . . teuflisch . . . doch sie machen mich wanken im Glauben an den Sieg unserer Sache. Und darum, Peter, kann ich mich nicht fügen und mich dem Unabänderlichen ergeben. Mir graut vor dem Tod. Nicht weil ich feige bin . . .ich werde aufrecht und mit festem Schritt das Schaffot besteigen . . . aber weil ich die Notwendigkeit nicht einsehe und die Zukunft trübe ist."

„Die Zukunft ist nur dem Vertrauensvollen aufgetan."

„Ja . . . und ich habe das Vertrauen verloren . . . nicht den Glauben an mein Recht, aber das Vertrauen auf seinen Sieg."

„Und was ist das Leben wert, wenn dir die Ueberzeugung fehlt, daß das Recht siegen wird?"

„Solange man lebt, kann man für den Sieg kämpfen."

„Was bedeutet ein Menschenleben im Kampfe zwischen Recht und Unrecht?"

„Wenn einem das Vertrauen fehlt, alles . ."

„Das ist vielleicht wahr. Armer König Peter . . . ich wollte dir gerne Trost bringen und Ruhe . . . aber ich kann dir nicht Vertrauen einflößen in Dinge, die ich vernichte. Kannst du nicht vergessen . . . dich durchtränken mit der tröstlichen Wahrheit, daß alles vorbei und wertlos ist? Für einen, der dem Tod entgegenschreitet, haben Lebensbetrachtungen nicht mehr viel Bedeutung. Denke an das Werk, das dein Leben ausgemacht hat, und befreie dich vom übrigen."

„Das Werk, das mein Leben ausgemacht hat," wiederholte traurig der König.

„Das Werk ist vergeblich getan . . . ihr habt es vollkommen zerstört. Auch der Gedanke ist schwer und bitter für einen, der dem Tod entgegengeht und nichts mehr tun kann, um es wieder aufzubauen."

„Nicht im Erfolg liegt das Verdienst, sondern im Werke selbst."

Verwundert blickte der König zu ihm auf.

„Du sprichst über mein Werk wie über etwas Wertvolles, etwas Verdienstliches? Du, Peter?"

„Ich spreche von dem Werk, das ein Mensch in ehrlicher Ueberzeugung vollbracht hat, und auf das er zurückblickt, wenn er mit seinem Leben abrechnet. Dein Werk . . . mein Werk . . . was bedeutet das, wenn der Tod winkt?"

Einen Moment erbebte die schlanke Gestalt des Königs. Etwas Kindliches lag in dem fragenden Blick, den er Peter zuwarf. Etwas, das diesem die Erinnerung ihrer ersten Begegnung zurückbrachte. Auch der König schien daran zu denken, denn er lächelte schwach, schüttelte verwundert den Kopf und sagte:

„Es ist merkwürdig, Peter, wie du stets der Stärkere und Klügere von uns beiden gewesen bist. Es ist noch genau so wie vor vierzig Jahren, als wir einander zum erstenmal begegneten. Immer bin ich es, der fragt, wenn wir über Dinge von wirklicher Bedeutung sprechen, und du, der antwortet. Ich frage mich, welch ein Wundermensch du bist. Selbst als du der arme zum Tode Verurteilte warst und ich der mächtige Fürst, der dich begnadigte, ging ich von dir mit der Erkenntnis, daß du der Größere von uns beiden seiest und mir einen Dienst erwiesen hättest. Und nun kommst du her und sagst mir gerade heraus, daß du mich nicht retten kannst und willst, daß du meinen Tod für notwendig hältst. Und ich kann dich nicht verachten oder hassen. Ich muß noch immer zu dir aufsehen und möchte dein Freund sein."

„Du bist mein Freund," sagte Peter. „Seit du mir Lisa wiedergabst, zugleich mit meiner Freiheit, bist du mein Freund gewesen. Als du mich aber zwangst, dich zu besiegen und zum Gefangenen zu machen, habe ich nicht gezaudert. Ich habe dir ja schon einmal gesagt: wenn es das Interesse der heiligen Sache der Menschheit fordert, daß ich meinen liebsten Bruder erschlage, er würde durch meine Hand sterben. So wurde dein Tod beschlossen, auch von mir . . . und mein Herz schmerzt mir, daß ich dich deinem Schicksal nicht entziehen kann. Ich möchte gern, daß du alles verstehst und in Frieden ziehen kannst, Bruder."

„Ich glaube fast, daß ich dich verstehe," seufzte der König mit mutloser Handbewegung, „aber ich kann es nicht. Ich bin anders als du. Es gibt so viele Dinge, die mir Sorge machen, und mir fehlt der große Friede, der in dir herrschen und allezeit geherrscht haben muß, auch in den stürmischesten Zeiten. Der Tod an sich erschreckt mich nicht . . . nur kann ich mich so schwer befreien vom Leben . . . das mich, unvollendet, ruft. Ich weiß nicht, wie ich es auslegen soll . . . du darfst nicht glauben, daß ich ein Feigling bin."

„Man kann nicht alles in Worten sagen," erwiderte Peter ernst. „Ich verstehe dich gut."

Der König setzte sich nieder und stützte das müde Haupt auf die Hand. „Gerade war ein Mönch bei mir," erzählte er. „Ich hatte selbst nach einem Priester verlangt und man schickte mir diesen Mann. Es war ein Greis und er sprach so sonderbar und rätselhaft. Er sagte nichts von alledem, was ich zu hören erwartete, und seine Worte schienen mir absurd. Anstatt mir Trost und Frieden zu bringen, hat er mir Verwirrung gebracht."

Peter lächelte.

„Trost und Frieden erwartet man in der Tat meist aus dem Gewohnten und Bekannten," sagte er. „Was verkündet dir der Mönch?"

Der Gefangene berichtete ihm.

„Ich verstehe es nicht", schloß er. „Ich kann mich nicht dafür erwärmen. Ich habe für mein königliches, mir von Gott übertragenes Werk gekämpft. — Wie kann mein Fall und mein Untergang dann sein Wille sein?"

Peter blickte ihn grüblerisch an. Leise sagte er:

„Es ist schwer, Bruder, an sein Recht und an Gott gleichzeitig zu glauben. Glaube an eines von beiden und an das andere nicht . . ."

Erschrocken hob der König sein Haupt.

„Ich glaube an Gott," sagte er mit fester Stimme.

Darauf leise, zögernd:

„Aber ich glaube auch an mein Recht . . . Darauf war mein ganzes Leben eingestellt."

Plötzlich wurde er leichenfahl und preßte Peters Arm krampfhaft in seine nervösen Finger.

„Peter!" flüsterte er keuchend. „Peter! . . . Wenn ich geirrt hätte? . . . Wenn ich nun doch nicht Recht gehabt hätte? . . . Dann wäre mein Leben schrecklich gewesen . . . eine lange, zum Himmel schreiende, blutige Sünde . . . Kein Richter, sondern ein Henker . . . Kein Herrscher von Gottes Gnaden, sondern ein irdischer Gewalthaber . . . ein verfluchter Menschenquäler . . . ein vermessener Tyrann . . ."

Einen Augenblick schwieg er, seine großen, ängstlich fragenden Augen auf Peter gerichtet. Als dieser nicht antwortete, fuhr er fort.

„So habt ihr mich gesehen, mich so genannt . . . Wenn nicht ich, sondern ihr Recht hättet, Peter . . . Peter, was soll ich glauben, da ich ganz verlassen bin, von den Menschen und selbst von Gott."

(Fortsetzung folgt.)

Auch Spanien lehnt Asyl für Trotzki ab

Paris, 19. April. (Reuter.) Die Trotzki-Angelegenheit ist bisher in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Die einen behaupten, daß Trotzki Frankreich bereits verlassen habe, die anderen aber halten daran fest, daß er sich auch weiterhin in seiner Villa in Barbizon aufhält. Die Villa ist ständig von Journalisten und Pressephotographen umlagert. Die französische Regierung soll Trotzki die Frist zum Verlassen des Landes verlängert haben.

Dem Reutervertreter in Madrid wurde vom spanischen Innenministerium mitgeteilt, daß bisher noch kein Gesuch um Aufenthaltserlaubnis eingegangen sei. Man denke auch nicht daran, einem solchen Gesuch stattzugeben, da Trotzki bei der gegenwärtigen politischen Lage nur eine Quelle der Beunruhigung darstellen würde.

Nach einer späteren Meldung hat der Ministerrat bereits offiziell beschlossen, Trotzki die Einreise nach Spanien n i c h t zu bewilligen.

Diktator überflüssig ...

London, 19. April. Das Unterhaus setzte gestern abends die Debatte über den Staatshaushalt fort, wobei von vielen Rednern die Ansicht ausgesprochen wurde, daß der präliminierte Ueberschuß wahrscheinlich im nächsten März ü b e r t r o f f e n werden wird.

Der Führer der Liberalen S i r H e r b e r t S a m u e l betonte in seiner Rede, die britische Demokratie habe klar ihren Wert erwiesen und den Beweis erbracht, daß man k e i n e s D i k t a t o r s b e d ü r f e, um die britischen Finanzen in Ordnung zu bringen.

Die böhmische Landesbehörde

kennt keinen Dienst am Kunden.

Die Landesbehörde für Böhmen führt derzeit eine Zusammenlegung verschiedener Abteilungen durch, was mit Uebersiedlungen verbunden ist. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Die Oeffentlichkeit hätte jedoch ein unbestrittenes Recht, von diesen Aenderungen in Kenntnis gesetzt zu werden. Wenn z. B. eine Deputation eine Abteilung für Regulierungen sucht, welche bisher in der Thomasgasse beim Kleinseitner Ring untergebracht war, erfährt sie erst nach verschiedenen Umfragen, daß die Abteilung auf dem Podskaler Kai ins frühere Gebäude der Pensionsanstalt übersiedelt ist. Nicht einmal ein Zettel hängt draußen, der die Besucher auf diese Verlegung der Kanzleien aufmerksam machen würde.

Steigerung der tschechoslowakischen Eisenproduktion

Zufolge der vom Staatlichen statistischen Amte vorläufig durchgeführten Erhebungen belief sich die Produktion der tschechoslowakischen Oefen und Stahlwerke im Monat März 1934 auf 53.017 Tonnen Roheisen und 87.171 Tonnen Rohstahl. Die von der Verkaufsstelle der vereinigten tschechoslowakischen Eisenwerke im Monate März 1934 getätigten Lieferungen betrugen 8115 Tonnen Roheisen und 44.743 Tonnen Walzware.

Die Produktionssteigerung ist zurückzuführen einerseits auf die erhöhte Erzeugung für die Schienen-Bestellung der Staatsbahnen vom vorigen Monat, ferner auf die saisonmäßige Belebung und schließlich auf die S t e i g e r u n g d e s E x p o r t s.

Die nächste Plenarsitzung des Senats findet Mittwoch, den 25. April, um 16 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht der Regierungsentwurf über Zollerleichterungen bei der Einfuhr von Maschinen und Apparaten und ein Zusatzabkommen zum Handelsvertrag mit der Schweiz sowie eine Immunitätsangelegenheit des Genossen R e y z l. Vor dem Plenum halten fünf Ausschüsse Sitzungen ab.

Einen ganzstaatlichen Manifestationskongreß der aktiven Eisenbahner haben die Gewerkschaftsorganisationen „Železničářská Jednota", die „Unie Železničních zaměstnanců" und der „Verband der Eisenbahner" für Sonntag, den 22. April, halb 10 Uhr vormittags in das Národní dům in Prag-Weinberge einberufen. Im Namen der Kongreßteilnehmer werden die slowakischen Eisenbahner um 8 Uhr 30 einen Kranz am Grabe des Unbekannten Soldaten in Prag niederlegen.

Widerstand gegen Hitler wächst

Die Opposition in den Betrieben

Essen, 19. April. (Inpreß.) In der ersten Aprilnummer des „Arbeiertum" (amtliches Organ der Deutschen Arbeitsfront) erklärte die Redaktion in einem Vorwort: „Das Ziel, die Eroberung der Betriebe, ist heute erreicht." Diesem Triumph der Propaganda stellen wir einige Zahlen gegenüber, die selbst die Essener „National-Zeitung" über die „Wahlen" der nationalsozialistischen Vertrauensräte in einer Anzahl von Betrieben veröffentlicht. Die Resultate sind:

Schachtanlage Wolfsbank: Stimmberechtigte 1357; für den Vertrauensrat stimmten nur 241: 1116 Stimmen waren ungültig. Zeitungsbetrieb Reismann-Grone (Verlag der Rheinisch-Westfälischen Zeitung): Stimmberechtigte: 319; für den Vertrauensrat: 102; ungültig: 217; (Reismann ist Nazi-Oberbürgermeister von Essen). Elektro-Werke Siemens-Schuckert: 233; für den Vertrauensrat keine einzige Stimme; 9 Nein-Stimmen; 224 ungültig. Aktien-Brauerei: Stimmberechtigte: 252; für den Vertrauensrat: 124; ungültig: 148. Wasserwerke Gelsenkirchen: Stimmberechtigte: 82; für den Vertrauensrat: 17; ungültig: 65. Möbelfabrik Kramm: Stimmberechtigte: 106; für den Vertrauensrat: 37; ungültig: 69. Vereinigte Stahlwerke: Stimmberechtigte: 88; für den Vertrauensrat: 22; ungültig: 66. Kontor des Drahtseilverbandes (nur Angestellte): Stimmberechtigte: 37; für den Vertrauensrat: 5; ungültig: 32. Epa-Kaufhaus (fast nur Mädchen): Stimmberechtigte: 30; für den Vertrauensrat: 5; ungültig: 33.

Die „National-Zeitung", die zunächst einen unfreiwilligen Scherz macht, wenn sie zu den Resultaten schreibt: „Insgesamt stellen die Ergebnisse ein überwältigendes Bekenntnis des Arbeiters und Angestellten aus den Betrieben zum neuen Staat dar", ruft unmittelbar danach zu verschärfter Ueberwachung auf: „Die Aufspaltung der Zahlen läßt aber auch gleichzeitig erkennen, wo noch die Feinde des neuen Deutschland sind; sie gibt edr NSBO wertvolle Fingerzeige, wo Wachsamkeit und wo weitere Aufklärungsarbeit nottut."

Vier Fünftel der französischen Presse

vom Staat subventioniert

Paris, 19. April. Die parlamentarische Stavisky-Untersuchungskommission verhörte gestern den gewesenen Ministerpräsidenten D a l a d i e r, der die Behauptungen der Angehörigen der Familie Prince bestritt und erklärte, niemals eine Unterredung mit Prince gehabt zu haben. Auf die Frage, ob ihm als Ministerpräsidenten bekannt war, daß die „V o l o n t é", das Organ Staviskys, für die Unterstützung der Regierungspolitig S t a a t s s u b v e n t i o n e n erhielt,

antwortete Daladier nach dem stenographischen Protokoll, daß „d i e m e i s t e n f r a n z ö s i s c h e n B l ä t t e r v o n d e r R e g i e r u n g s u b v e n t i o n i e r t w e r d e n". Bei den heutigen Zuständen in der französischen Presse — sagte Daladier — gibt es n u r s e h r w e n i g e B l ä t t e r, die vom Ertrage ihrer Arbeit, d. h. vom Verschleiß, dem Abonnement, der Insertion etc. existieren", und fügte hinzu, daß er sich in dieser Hinsicht eigentlich mit v i e r F ü n f t e l n d e r f r a n z ö s i s c h e n Z e i t u n g e n befassen müßte.

Der „Matin" protestiert gegen diese Behauptung und verlangt, daß Daladier nachträglich vor der Untersuchungskommission verhört und aufgefordert werde, sich genauer auszudrücken, zwischen den vier Fünfteln der Blätter, die von französischen Regierungen unterstützt werden u. jenen, die vom Ertrage ihrer Arbeit leben, einen Unterschied zu machen und schließlich die Blätter, die von allen französischen Regierungen Unterstützungen erhalten, n a m e n t l i c h a n z u f ü h r e n.

„Namen nennen!"

Die Erklärung Daladiers hat in der Oeffentlichkeit und unter den Mitgliedern der Untersuchungskommission große Erregung hervorgerufen. Einige Blätter haben bereits protestiert und verlangen von Daladier die Abgabe einer p r ä z i s e n E r k l ä r u n g.

Disziplinierung streikender Angestellter

durch den französischen Postminister.

Paris, 19. April. Der Postminister gab in der heutigen Sitzung des Ministerrates bekannt, daß er bisher 155 Angestellte seines Ressorts wegen Arbeitseinstellung bestraft habe. Zahlreiche Angestellte wurden entlassen, andere an einen anderen Dienstort versetzt, wobei ihnen gleichzeitig der Lohn für die Zeit, während welcher sie gestreikt hatten, abgezogen wurde

Auch im Finanzministerium wird eine Untersuchung durchgeführt. Einige Angestellte wurden entlassen, zahlreichen anderen wurden die Gehälter entzogen.

Frankreichs Außenhandelsziffern

Paris, 19. April. Im ersten Vierteljahr 1934 betrug der Wert der französischen Einfuhr 6.656 Millionen Franken, der Wert der Ausfuhr 4.513 Millionen Franken. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1933 ist die Einfuhr um 1.555, die Ausfuhr um 44 Millionen Kronen zurückgegangen.

Aufrollung der Kriegsschuldenfrage durch Roosevelt?

Paris, 19. April. „New York Herald" meldet aus Washington, daß Präsident Roosevelt eine Erklärung abgegeben habe, daß er in der nächsten Zeit dem Kongreß eine B o t s c h a f t in S a c h e n d e r K r i e g s s c h u l d e n zugehen lassen werde.

Judenboykott wiederholt

Neue Greuel in Streichers Reich

Die Eröffnung der Frühjahrsoffensive 1934 gegen die Arbeitslosigkeit benützte Julius S t r e i c h e r, dessen blindwütender Judenhaß zu einem Schreckensregiment des ihm vom „Führer" unterstellten Gaues Mittelfranken ausgeartet ist, zu einer provinzialen Wiederholung seines Judenboykotts vom 1. April 1933. Hetzplakate in der Tonart des von ihm herausgegebenen „Stürmer", Mauer- und Häuseranschläge mit den infamsten Verdächtigungen und Beschimpfungen, Sprechchöre auf offener Straße, gegen Juden und jüdische Geschäfte gerichtet, leiteten diese Frühjahrskampagne der „deutschen Volksgemeinschaft" ein und fanden ihren sinngemäßen Niederschlag in einer Reihe von mittelfränkischen Gemeinden. So beschloß der Gemeinderat von W i n d s h e i m in einer Sitzung vom 21. März 1934, daß den jüdischen Einwohnern von den dortigen Bäckern kein Brot mehr geliefert werden dürfe; ein weitergehender Antrag, diese Blockade auf den Milch- und Elektrizitätsbezug auszudehnen, wurde vorderhand vertagt. Den Höhepunkt der Streicherischen Haßgesänge erlebte die Stadt G u n z e n h a u s e n, die 24 Stunden lang unter der Herrschaft des sinnlos wütenden Pöbels, befehligt vom Ortsgruppenleiter Hans B e e r stand. Nach Demolierung des Hotels S t r a u ß und des Cafés W a l d m a n n stürzte sich die Menge in die Judenhäuser, zerrte die Insassen auf die Straße und durch die Stadt und schleppte 29 Männer und 7 Frauen in das Gefängnis, das erstmalig in der Geschichte der „nationalen Erhebung" zum schützenden Dach für die der Volkswut überlassenen Opfer wurde! Herr Streicher, für den der Tod jedes Juden nur als Befreiung von Deutschlands Parasiten gilt, ist bei dem G u n z e n h a u s e n e r Programm nicht ganz auf seine Kosten gekommen; denn dieser 25. März 1934 hat von summarischen Mißhandlungen abgesehen n u r 2 T o t e eingebracht, die Kaufleute R o s e n f e l d e r und R o s e n a u, den ersteren an einem Stricke baumelnd, den letzteren von zahlreichen Stichen (namentlich im Rücken!) durchbohrt! Herr Hitler und Herr Goebbels aber dürften wohl die seit Jahresfrist laufende Walze wieder abrollen lassen, daß in Deutschland „keinem Juden ein Haar gekrümmt" wurde. Herr Streicher aber wütet indessen weiter! Dann weiß aber der „Führer" angeblich nichts, obwohl er sich einstmals gebrüstet hat, daß nichts in der Partei ohne sein Wissen geschieht! Oder will er nicht wissen, weil S t r e i c h e r ein zu gefährlicher Mitwisser aller bisherigen Uebeltaten ist?!

57 Jungfascisten vor dem Pilsner Kreisgericht

Pilsen, 19. April. Vor dem Senat des Kreisgerichtes in Pilsen wurde heute vormittags die Verhandlung gegen 57 Mitglieder der fascistischen Bewegung in Pilsen und der Umgebung eröffnet, die unter der Anklage stehen, daß sie im Jahre 1933 und vorher sich in geheimen J u n a k e n - G r u p p e n zusammenschlossen und eine gegen den Staat gerichtete Tätigkeit entfalteten, besonders hinsichtlich ihrer Agitation gegen das herrschende Regierungssystem und gegen die republikanische Verfassung. Unter den Angeklagten sind mehrere über 50 Jahre alt, die Mehrzahl von ihnen steht im Alter von 20 bis 30 Jahren. 17 Angeklagte werden von der Staatsanwaltschaft wegen des Verbrechens von Anschlägen gegen die Republik nach § 2 des Schutzgesetzes verfolgt. Die 40 übrigen Angeklagten wegen Vergehens staatsfeindlicher Vereinigung.

Der erste Tag des Prozesses, der mit Rücksicht auf die große Zahl der Angeklagten im Schwurprozeßsaal des Kreisgerichtes stattfindet, war vom Verhör der Angeklagten ausgefüllt, die zugeben, Mitglieder der fascistischen Partei gewesen zu sein, jedoch bestreiten, daß sie Mitglieder der Junaken-Vereinigung waren. Die 26 Seiten zählende Anklageschrift behauptet jedoch, daß sie geheime Sitzungen abhielten, g e h e i m e Z u s a m m e n k ü n f t e einberiefen und sich Rechte anmaßten, die nur den Staatsorganen zustehen und daß bei diesen Sitzungen und Zusammenkünften Reden gehalten wurden, die offensichtlich gegen den Bestand des jetzigen Regierungssystems gerichtet waren.

Der ganze Prozeß wird drei bis vier Tage dauern. An der Verhandlung nehmen auch zwei Militärsachverständige teil.

Italienische Fascisten im Matteotti-Hof

Wien, 19. April. (Inpreß.) **Die österreichische Regierung hat 130 Mitglieder der Kraftfahr-Brigade (fascistischen Partei Italiens) eingeladen, an den offiziellen Manifestationen zum 1. Mai teilzunehmen. Die Schwarzhemden sollen sich in dem Hof des Arbeiterheimes zu einer Sonderveranstaltung versammeln — jenes Hauses, das die frühere Stadtverwaltung Wiens errichten ließ und auf den Namen „Matteotti-Haus" taufte, das aber die Dollfußregierung zu Ehren eines italienischen Fascisten in „Giordani-Haus" umbenannte. Dieser Plan der Regierung hat in den Arbeitervierteln eine ungeheure Erregung hervorgerufen.**

Die Quellen des furor sudeto-teutonicus

Die Einstellung der Nazipresse, der sichtbaren Repräsentantin der provinziellen antidemokratischen Sudeljournalistik, muß solange ein Schlag ins Wasser bleiben, solange man die kleinen deutschnational-hakenkreuzlerischen Lokalblätter, die zusammengenommen zehntausende Leser beeinflussen, unbeachtet und ungeschoren läßt. Wenn man einige dieser „Anzeiger" „—Täler" und „Deutschen Volksblätter" liest, muß man glauben, sie alle hätten eine g e m e i n s a m e p o l i t i s c h e R e d a k t i o n. Sie drucken alle dieselben politischen Artikel. Diese Artikel, meist Leitartikel, die sich selbst als „Richtaufsätze" zu bezeichnen pflegen, stammen von einer alldeutschen Korrespondenz, deren Richtung allem Anscheine nach vom V. D. A. (dem gleichgeschalteten Verein für das Auslandsdeutschtum) bestimmt sind. Der Mitarbeiterkreis dieser famosen Korrespondenz umfaßt zweifelhafte Charaktere aller Art. Ehemalige deutschnationale Abgeordnete, völkische Mittelschulprofessoren, aber auch polnische, tschechische und jüdische Renegaten arbeiten dort im trauten Verein an der ungeistigen Gleichschaltung des sudetendeutschen Spießertums. Von einem dieser ehrenwerten Recken, deren Schwert für ihr Deutschtum ein ganz unmöglicher deutscher Stil ist, sei hier erzählt.

Herr Studienrat i. P. Alfred S c h m i d t - m e y e r, derzeit in Bremen, entstammt einer tschechischen Familie. Seine mütterlichen Vorfahren haben sich um das Wiedererwachen der tschechischen Nation sehr verdient gemacht, woran zu verdienen der später ach so germanische Nachfahre nicht verschmähte. Er erbat einst und erhielt auch die Protektion einzelner einflußreicher Tschechen und wurde durch ihre Bemühungen als Mittelschullehrer in den mährischen Landesdienst übernommen. Eine besser honorierte Anstellung im Reiche durchtrennte mit einem Schlag alle bisherigen Bindungen. Schmidtmeyer wurde Tschechenhasser und — selbstverständlich — Judenhasser und Marxistentöter. Vom Marxismus weiß er weniger als ein Dorfkaplan der allerletzten Erzgebirgspfarre. Aber dennoch oder vielleicht eben deshalb „vernichtet" er ihn wenigstens einmal im Monat. Ebenso unoriginell wie sein Antimarxismus ist auch sein Antisemitismus. Bemerkenswerter sind schon seine „Argumente" gegen die Tschechen, bemerkenswerter deshalb, weil gerade diese „Argumentation" die ganze politisch aufgezogene Rassentheorie ad absurdum führt. Nach Schmidtmeyer gibt es zwischen Tschechen und Juden keinen anderen Unterschied als den der Sprache. Wie die Juden seien die Tschechen minderwertig, sie girren nach dem Blute der edelrassigen Deutschen — und was dergleichen Blödsinn mehr sind. Sie an den Setzer zu bringen, ist ihm kein Anlaß und deshalb kein Honorar zu gering. Seine Quellen sind Jugenderinnerungen an die ehrenwerten Franko Stein und Karl Herrmann Wolf. Das Bücherlesen ist seine schwächste Seite (seinetwegen hätte der Rust die kostbarsten Bücher des deutschen Volkes nicht erst verbrennen lassen müssen), was an seinem Stil erkenntlich, der ungehobelt und lächerlich pathetisch ist, wie der eines Maturanten vom Jahrgang 1902.

Die deutsche Linke hat es schwer gebüßt, daß sie von der geistigen Inferiorität ihres nunmehr siegreichen Gegners unarisch gemacht, die Ueberzeugungskraft des von ihm propagierten Blödsinnes unterschätzte. Bei dem geistigen und moralischen Verfall des Kleinbürgertums, dem charakteristischesten Merkmal des zeitgenössischen Geistesleben, kann es gar nichts geben, das wegen Blödsinnigkeit keine Gläubigen fände. Dem Gegner seine geistige Minderwertigkeit nachweisen, bedeutet höchstens eine persönliche Beleidigung, politisch nicht einmal eine ganz kleine Schädigung. Will die tschechoslowakische Demokratie nicht das gleiche oder ein ärgeres Schicksal erleiden, als die deutsche Republik, muß sie ihren Feinden energisch auf den Fuß treten und darf auch die vertrottelsten unter ihnen nicht schonen. Gerade sie gehören zu den gefährlichsten und überdies darf Imbezillität in der Politik kein Milderungsgrund sein. Die Herren vom V. D. A. mögen in Deutschland einstweilen schreiben, so viel sie wollen. In der Tschechoslowakischen Republik dürfte das Erscheinen keiner Zeile von ihnen geduldet werden. Man unterschätze ihre Gefährlichkeit nicht, weil sie sich die kleinen Lokalblättchen als Publikationsorgane ausgesucht haben. Diese verfügen in ihrer Gesamtheit über eine Publizität, die weit größer ist als die der meisten Großstadtzeitungen. **lt.**

Škoda-Präsident Simonek gestorben

Prag, 19. April. In der Nacht auf heute starb in Lobeč bei Mšene der Senator der Republikanischen Agrarpartei und Vorsitzende des Verwaltungsrates der Škoda-Werke, Josef Simonek.

Senator Simonek, der ein Alter von 72 Jahren erreichte, war bis 1918 kommerzieller Direktor und seither leitender Verwaltungsrat der Škodawerke. Als solcher hat er insbesondere die Umstellung der Werke auf die Friedensproduktion durchgeführt und später die Verbindungen zu Schneider-Creuzot angeknüpft. Der Verstorbene gehörte auch zum engsten Freundeskreis Švehlas; dem Senat gehörte er seit 1925 an.

Tagesneuigkeiten

Ein Prager Theater behördlich gesperrt

Die böhmische Landesbehörde hat dem Pächter des Revue-Theaters „Arena" in Smichov die Verlängerung der Konzession mit der Begründung verweigert, daß der Holzbau des Theaters keine genügende Sicherheit für die Angestellten und Besucher biete. Damit scheint das Schicksal dieser Bühne, welche mehr als 40 Jahre existiert und von deren Schließung schon öfters gesprochen wurde, besiegelt zu sein. Viel dürfte zu dem Entschluß der Landesbehörde der Brand beigetragen haben, dem vor einigen Tagen die Tribüne auf dem Sparta-Platz in Prag zum Opfer gefallen ist.

Die Schließung der „Arena" wird für die Angestellten zur Katastrophe. Von dem Theater ist die Existenz von mehr als 100 Familien abhängig.

Von Westen her Abkühlung

Prag, 19. April. Die Gewitter, welche in der Nacht auf Donnerstag vom Westen kommend die böhmischen Länder durchzogen, waren bloß in den mittleren Teilen des Staates von ausgiebigeren Regenfällen begleitet. Troppau meldet 11, Polička und Brünn 8 Millimeter Regen. In der Umgebung des Böhmisch-mährischen Hügellandes fiel Hagel. Die Abkühlung, welche die Gewitter brachten, ist nur mäßig. Prag und Brünn hatte heute um 8 Uhr früh Plus 15 Grad Celsius. Im Osten der Republik sind die Temperaturen noch etwas gestiegen; es ist dort nunmehr bedeutend wärmer als in den Sudetenländern. In West- und Nordwestböhmen, wo es vormittags noch regnete, ist es bedeutend kühler als gestern. Um 14 Uhr hatten heute Eger 14, Prag und Brünn 20, Preßburg 25 und Chust 26 Grad Celsius. In den nächsten Tagen muß mit einer weiteren Abkühlung von Westen her gerechnet werden. — Wahrscheinliches Wetter am Freitag: In den Sudetenländern wechselnd bewölkt, stellenweise etwas Regen, mäßig warm. Im Osten der Republik nach Gewittern etwas kühler.

Gefährliche Einbrecherbande verhaftet

Teplitz-Schönau, 19. April. Den Nachforschungen der Gendarmerie ist es gelungen, eine Reihe von Einbrechern und Helfershelfern festzunehmen, die seit vielen Jahren die ganze Umgebung unsicher gemacht und mindestnes 35 Diebstähle und Einbrüche durchgeführt haben, bei denen ihnen Waren und Geld im Werte von etwa ½ Million Kronen in die Hände fielen. Der Hauptanführer Morav allerdings erfreut sich noch der Freiheit. Die Namen der Festgenommenen sind: Anton Fielsack-Teplitz, Karl Löwy-Pihanken, Hermann und Emma Wagner-Teplitz, Richard Flamm-Pihanken, Hermann und Emilie Görg-Pihanken, Antonie Friedrich-Teplitz und Karl Lehky-Teplitz. — Ein Teil von diesen Verhafteten war direkt an den Diebstählen und Einbrüchen beteiligt, ein anderer Teil hatte die Aufgabe, Kunden zu suchen, die gestohlenen Waren zu verkaufen, Uebernachtungen zu gewähren und sonstige Hilfsdienste zu leisten. Bei den Hausdurchsuchungen wurde sehr viel Material gefunden. Außerdem konnten Einbruchswerkzeuge in großer Zahl beschlagnahmt werden. Selbstverständlich gelang es der Gendarmerie auch noch, Teile des gestohlenen Diebsgutes festzustellen, so daß der Nachweis erbracht wurde, daß diese Bande an den meisten in letzter Zeit erfolgten Taten beteiligt war.

So konnten ihnen folgende Diebstähle und Einbrüche nachgewiesen werden: Die beiden Kasseneinbrüche in der „Freiheit", der Diebstahl im Teplitzer Schlachthof, der Trikotwarendiebstahl im Werte von 30.000 Kč bei der Firma Reismüller, eine Reihe Schmuckdiebstähle und fast alle Kasseneinbrüche der letzten Jahre. — Bei den Verhafteten wurde auch Gift gefunden, woraus hervorgeht, daß sie auch damit gearbeitet haben, um unliebsame Hunde zu beseitigen. Es wurden auch Waren nach Deutschland verschleppt und dort verkauft. Die letzten Kasseneinbrüche bei Hahn, Oliner, Tatra, Laufer, Funkenstein, Konsum Probstau, Plachenfabrik, Bilin, Bodenbach und Komotau gehen alle auf ihr Konto. — Damit ist der Gendarmerie die Aushebung einer sehr gefährlichen Bande gelungen, welche seit Jahren in den hiesigen Gebieten ihr Unwesen trieb.

In der Hängematte über das Eismeer

Wie Molokow die Tscheljuskin-Leute abtransportierte

Aus Moskau wird uns geschrieben:

Man entsinnt sich noch der übermenschlichen Schwierigkeiten, die die Tscheljuskin-Leute bei der Freilegung von Landungsplätzen für die Flugzeuge zu überwinden hatten. Auf den Plätzen, die sie mit größter Mühe im Laufe des Tages freilegten, türmten sich bei Nacht wieder riesige Eisschollen auf und zahllose Eisblöcke mußten fast ohne jegliche Geräte auf Armen und Schultern abgeschleppt werden.

Immer wieder barsten die mit außerordentlichen Anstrengungen errichteten Landungsplätze. Es bestand die Gefahr, daß die Flugzeuge auf dem Eisfeld nicht würden niedergehen können. Man beschloß daher, jedes Flugzeug mit Fallschirmen zu versehen, mit denen Proviant, Akkumulatoren für die Funkanlage der Tscheljuskinleute und selbst ein kleiner Motor und eine Dynamomaschine auf das Eis befördert werden könnten.

Die schlimmsten Befürchtungen gingen jedoch glücklicherweise nicht in Erfüllung — die Landungsplätze versagten nicht. Die Fallschirme erwiesen sich nun als unnötiger Ballast an Bord der Flugzeuge. Da kam der Flieger Molokow auf den Gedanken, die Fallschirme zur Rettung der Tscheljuskin-Leute zu benutzen, da das Flugzeug „R 5", mit dem Molokow die Rettungsaktionen vornahm, neben dem Piloten und dem Bordmechaniker nur für einen einzigen, höchstens für zwei Fluggäste Raum bietet.

Molokow ließ aus den Fallschirmen in aller Eile zwei eigenartige Hängematten konstruieren, die an Flügel und Rumpf des Flugzeuges befestigt wurden. In jeder Hängematte wurde ein Fluggast verstaut.

Allerdings war der Flug für die Insassen der Hängematte außerordentlich schwierig, denn bei dem starken Wind und Frost überzog sich die Hängematte und die Kleidung des fast ungeschützten Fluggastes sogleich mit einer Eishülle, doch trotz aller Schwierigkeiten wurden die Flüge glänzend zu Ende geführt. Molokow allein beförderte 39 Tscheljuskin-Leute auf das Festland. Dank den sinnreich erfundenen Hängematten verdoppelte sich die Zahl der Insassen bei jedem einzelnen Fluge.

Petropawlowsk (Kamtschatka), 19. April. Die Ueberführung der Tscheljuskin-Schiffbrüchigen nach der „Bucht der Vorsehung" wird mit aller Beschleunigung durgeführt. Die Dampfer „Smolensk", „Stalingrad" und der Eisbrecher „Krassin" sind dorthin abgegangen, um die Schiffbrüchigen an Bord zu nehmen. Am 18. April ist aus Wankarem eine neue Gruppe von Schiffbrüchiger in Kap Wellen eingetroffen. Sie werden nach zweitägiger Erholung nach der St. Laurenz-Bucht gebracht werden, wo bereits 20 Schiffbrüige weilen. Die erbauten Baracken werden etwa 80 Personen Obdach bieten.

Selbstmord eines Wiener Buchhändlers

aus Gram über den Sieg des Fascismus.

Wien, 19. April. Der 56jährige Buchhändler Wilhelm Suschitzky wurde gestern von seiner heimkehrenden Gattin in seiner Wohnung mit durchschossener Schläfe tot aufgefunden. Wilhelm Suschitzky hatte eine Buchhandlung unter der Firma Brüder Suschitzky auf der Favoritenstraße im 10. Wiener Bezirk betrieben und war außerdem mit seinem Bruder Gründer und Besitzer des „Anzengruber-Verlages", der besonders sozialistische Werke herausgab. Die letzten politischen Ereignisse hatten bei Wilhelm Suschitzky eine tiefe seelische Depression hervorgerufen, die ihm schließlich die Waffe in die Hand drückte.

Zwei Todesopfer der letzten Gewitterstürme

Düsseldorf, 19. April. Weite Teile des Ruhrgebietes und der Niederrheingegend wurden am Mittwoch Nachmittag von heftigen Gewitterstürmen heimgesucht, die allenthalben erheblichen Schaden anrichteten und auch zwei Todesopfer forderten.

In Mühlheim a. Ruhr hatte die 24 Jahre alte Ehefrau Rietsch mit einem Kinderwagen, in dem sich ihr drei Monate altes Kind befand, unter der Fassade des evangelischen Krankenhauses Schutz gesucht. Der heftige Sturm riß von der Fassade einen schweren Block Stuck herunter, der die Frau auf den Kopf traf und so schwer verletzte, daß sie im Krankenhaus starb. Auch der Kinderwagen wurde vollkommen zertrümmert, dagegen blieb das darin liegende Kind wie durch ein Wunder vollkommen unverletzt.

In Hersau zwischen Krefeld und Glasbach wurde das Dach eines Arbeitsdienstlagers abgedeckt und gegen ein in der Nähe liegendes Gebäude geschleudert. Von den Trümmern des Daches wurde ein Kind auf der Straße so schwer verletzt, daß es bald darauf starb.

Registrierapparat auf 5600 Meter Höhe

Stalingrad, 19. April. (Taß). In Stalingrad wird eine neue sowjetrussische Expedition zum sogenannten Fodtschenko-Gletscher in Pamir-Hochland organisiert. Die Expedition wird auf dem Gipfel dieses Gletschers einen neuen automatischen Registrierapparat unterbringen, da der dort von einer Alpinistengruppe unter Führung Gorbunows in einer Höhe von 5600 Metern aufgestellte alte Apparat nicht mehr gebrauchsfähig ist. Weiter wird die Expedition vier neue Registrierapparate und zwei automatische meteorologische Stationen auf der Transalai-Gebirgskette unterbringen. Alle diese Apparate werden genaueren meteorologischen Aufzeichnungen und einem tieferen klimatischen Studium in Mittelasien dienen.

Marek. Nach Herrn Koch, nicht nur der Religion nach, sondern auch als Gesandter Protestant, schritt auch Herr Marek, k. k. bevollmächtigter Minister und und außerordentlicher Gesandter des Bundesstaates Oesterreich gegen die Prager Karikaturenausstellung ein. Herr Marek maßte sich in seiner Verbalnote an das tschechoslowakische Außenministerium ein Urteil in Dingen der Kunst an, das ihm gewiß nicht zusteht. Das war unvorsichtig! Denn Marek hätte eigentlich alle Ursache, so wenig wie möglich von sich reden zu machen. Allein die Nennung seines Namens erweckt nämlich Assoziationen über einen „höheren Beamtencharakter", die ihm gar nicht angenehm sein können. Seine ersten Chefs, die ihm den Auftrag gaben, Oesterreich in Prag zu vertreten, waren der ehemalige Außenminister Dr. Otto Bauer, zu vorübergehendem Aufenthalt in Brünn, und der ehemalige Staatskanzler Dr. Karl Renner, zu vorübergehendem Aufenthalt im Landgericht Wien I. Herr Marek hat ihnen wenig Treue bewiesen. Vielleicht wird er, wenn Renner und Bauer wieder nach Wien übersiedeln, wenn nicht nur am Rathause, sondern auch am Ballhausplatz wieder der „rote Fetzen" weht, vielleicht wird er dann bereit sein, auch Dollfuß zu verraten und die Roten zu vertreten. Das wäre vergebliche Mühe. Herr Marek wird wohl in Prag bleiben dürfen, aber nicht als Gesandter, sondern als Emigrant. Und da er nicht mehr exterritorial sein wird, wollen wir ihn dann einmal besuchen.

Fahrkarte in den Tod. Gestern früh wurde der 70jährige pensionierte Präsident der Landesfinanzdirektion in Brünn Zdeněk Lepak, als er am Bahnhofe in Trebitsch bei der Kassa eine Fahrkarte kaufen wollte, vom Schlage getroffen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur mehr den Tod feststellen. Präsident a. D. Lepak war zum Besuche seines studierenden Sohnes nach Trebitsch gekommen. Der Verstorbene war der Sohn des bekannten klassischen Philologen Franz Lepak und gehörte zu den hervorragenden Finanzbeamten Brünns.

Professor Schmidt geht es besser. Wie aus Rome auf Alaska gemeldet wird, ist im Befinden des Führers der schiffbrüchigen „Tscheljuskin"-Besatzung Schmidt wieder eine wesentliche Wendung zum Bessern eingetreten und das Fieber auf 37.6 Grad zurückgegangen.

Panzerauto fährt auf eine Dynamitmine. Ein mit Maschinengewehren ausgerüstetes japanisches Panzerauto, das zwei Militärtransportzüge begleitete, fuhr in der Gemeinde Hangtao-Tse auf eine von Banditen gelegte Dynamitmine auf. Das Auto wurde zertrümmert und sämtliche darin befindliche Soldaten schwer verletzt.

Tod durch Ammoniak. Aus einer neuen Kühlanlage in der Fabrik des britischen Konzerns Imperial Chemical Industries Factory in Billingham, bei Stockton on Tees begann gestern plötzlich Ammoniak zu entweichen, durch welches drei Männer schwere Vergiftungen erlitten, an deren Folgen sie starben. 28 Arbeiter wurden mit leichteren Vergiftungen ins Spital gebracht.

Gesetzliche Sterilisierung. Der Staatliche Gerichtshof in Norman (U.S.A.) hat die Durchführung der ersten Sterilisierung an Hand des Wortlautes des neuen eugenischen Gesetzes des Staates Oklahoma angeordnet. Die Vorschriften dieses neuen eugenischen Gesetzes beziehen sich heute auf mehr als 3000 Pfleglinge von staatlichen Anstalten für Geisteskranke und von staatlichen Gefängnissen.

Der Polizist als Stierkämpfer. In einer Hauptstraße von Madrid kam es am Donnerstag zu großen Tumultszenen. Ein Kampfstier war beim Transport ausgebrochen und trieb die Straßenpassanten in die Flucht. Schließlich brach er in ein Haus ein. Auch die Treppe gebot ihm keinen Halt. Er gelangte bis in den ersten Stock, wo er eine Wohnung völlig demolierte. Inzwischen war das Ueberfallkommando erschienen, und einer der Beamten nahm den Kampf mit dem Stier auf. Es erregte das besondere Entzücken des Publikums, daß er seinen Gegner nach allen Regeln der Toreadorkunst zur Strecke brachte. Die begeisterte Menge trug den Polizisten auf den Schultern durch die Straßen.

Ziehung der Klassenlotterie

(Ohne Gewähr.)

Prag, 19. April. Bei der heutigen Ziehung der V. Klasse der 30. tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden folgende Gewinste gezogen (7. Tag):

Kč 200.000 34819,
Kč 80.000 50023,
Kč 50.000 91995,
Kč 20.000 59360,
Kč 5000 7412 31332 101065 3556 25876 30400 77994 76086 73404 86774 85173 88889 67161 78962 45588 68018;
Kč 2000 86905 104083 77889 68121 56576 27035 70163 81380 6958 29196 23449 63126 102905 47845 704 52740 58930 27239 89516 61492 63689 96881 26039 16688 90168 49184 38690 16639 79507 14779 66975 21251 38245 67979 49633 94050 55759 52068 2682 72942 69367 50629 46385 89783 38032 59676 65667 55595 23494 46126 59982 103890 81066 43923 71871 65778 34699 65562 81256 90839 56005 33453 40256 87997 102821 5291 72047 22169 16803 51672.
Kč 1200 61442 72197 3563 50101 38996 73984 88325 71913 69163 104226 21223 103888 21329 69689 32148 66046 103826 101938 10341 66416 32076 61777 81270 28222 27158 292 58945 70957 60071 306 85330 58976 104464 102239 43176 42463 90720 67554 77980 45010 35924 36143 45646 72826 5419 73798 95011 9880 40823 27892 42401 98190 13030 45732 24144 29267 36502 100129 89566 66938 25761 5081 20498 15087 13291 12447 4124 85007 89599 101963 87428 19674 78698 42907 40787 4807 96435 89729 58711 2773 73641 87028 16704 72041 59029 64071 8654 9137 6743 13141 103485 23948 89643 58010 460 30961 63307 7298 63821 28857 27178 49630 46864 7970 98206 53211 19155 16246 34016 51673 83042 94460 44825 32715 40580 79584 91793 77616 25592 45571 99035 64085 5377 15188 103189 92514 8251 18332 52168 96967 71757 83978 88552

Kirche gegen Mensur. Die Berliner „Germania" enthält einen Auszug aus dem Amtsblatt des bischöflichen Ordinariates Berlin zur Frage der studentischen Mensur, worin es heißt, die Kirche wisse sehr wohl, daß die studentische Mensur gewissermaßen eine Vorbereitung des Duells darstellt und ihrer ganzen Art nach dazu angetan ist, jene falschen Vorstellungen von Ehre, Beleidigung und Wiedergutmachung, die aller christlichen Sitte Hohn sprechen, zu mehren und zu erhalten. Wer bei einem Duell oder bei einer Mensur wenn auch nur als Zuschauer teilnimmt, ist bereits der Exkommunikation verfallen.

Mord aus Liebe. Das Schwurgericht in Insterburg verurteilte die Frau Hedwig Naßzuhn aus Serteggen im Kreise Goldap und den Besitzersohn Gustav Schinkowitz wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode. Am 12. Jänner wurde der Maurer und Gastwirt Otto Naßzuhn aus Serteggen erschossen in seinem Schankraum aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß Naßzuhn von dem Besitzersohn Schinewitz mit Einwilligung der Frau des Ermordeten durch einen Revolverschuß getötet wurde.. Schinkowitz und die um 18 Jahre jüngere Frau des Ermordeten unterhielten ein Liebesverhältnis.

Geklagte Prügelszene. Ein Fräulein Georgine Hill, die jetzt nach Beendigung ihrer Studien die Hochschule in Topeka (Kansas), verlassen hat, hat beim Föderalgericht Klage gegen zehn ihrer früheren Mitschülerinnnen wegen Mißhandlung eingebracht. Diese hatten, Georgine Hill bei einer Gelegenheit derart geprügelt, daß sie dauernden Schaden davongetragen hatte. Fräulein Hill fordert einen Schadenersatz von 25.000 Dollar.

Der goldene Kerkerschlüssel. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt in Indianopolis erklärte, daß ihm nurmehr ein Glied in der Beweiskette fehle, um darzutun, daß der berüchtigtesie Gangster des Staates Indiana John Dillinger, die Mehrzahl der Gefängnisangestellten in Indianapolitsi bestochen hat, die ihn dann freiließen. Der Staatsanwalt behauptet, daß Dillinger seine Freiheit mit einem sehr großen Betrage erkauft habe.

Die Brünner Polizei verhaftete den Inhaber eines Inseratenbüros Josef Smolinsky jun. aus Brünn-Maloměřice wegen Erpressung, gefährlicher Drohung und Brandstiftung und lieferte ihn in die Haft des Brünner Kreisstrafgerichtes ein. Smolinsky hatte an den Stadtrat Ferdinand Franz zwei Erpresserbriee gerichtet, in welchen er die Zahlung von 60.000 Kč forderte und sich zu rächen drohte, wenn er den Betrag nicht erhalte. Da er das Geld nicht erhielt, legte er auf dem Dachboden des dem Sohne des Stadtrates Franz gehörenden Hauses in Maloměřice Feuer. Smolinsky hat beide Straftaten eingestanden.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Samstag:

Prag, Sender L.: 6.15: Gymnastik, 10.05: Deutsche Nachrichten, 10.10: Schallplatten, 16.50: Jugendfunk, 18. Deutsche Sendung: Stunde für die Jugend: 18.25: Deutsche Volkstänze aus Böhmen, 19: Deutsche Nachrichten, 19.20: Das Geheimnis der verhüllten Wangen, Reisevortrag, 19.35: Spanische Musik, 23: Schallplatten. Sender S.: 14.30: Schlüsselblumen, 15.10: Deutsche Sendung: Aus klassischen Operetten, 19.20: Schallplatten. — **Brünn** 11.05: Vormittagskonzert, 16.05: Nachmittagskonzert, 17.50: Chorkonzert, 18.35 Russische Lieder. — **Mähr.-Ostrau** 12.35: Mittagskonzert, 18.25: Männerchöre. — **Kaschau** 17.30: Kinderunterhaltung. — **Berlin** 18.20: Kammermusik. — **Heilsberg** 16: Nachmittagskonzert. — **Leipzig** 20.10 Boccaccio, Operette von Suppé. — **München** 20.55: La Traviata, Oper von Verdi. — **Wien** 13.10: Orchesterkonzert, 19.25: Unterhaltungskonzert.

Eingesendet.

Anglo-Čechoslovakische und Prager Credit-Bank.

Der Verwaltungsrat der Anglo-Čechoslowakischen und Prager Creditbank hielt am 19. April 1934 die Bilanzsitzung ab. Der Abschluß für das Jahr 1933 weist einen Bruttogewinn von Kč 63,864.818.85 aus. Nach Abzug der Verwaltungsauslagen, Steuern, Gebühren und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von Kč 645.684.35.

Der Verwaltungsrat beschloß, der Generalversammlung, welche am 11. Mai 1934, um 10 Uhr 30 Min. im Bankgebäude stattfinden wird, vorzuschlagen, den nach statutarischer Dotierung des allgemeinen Reservefonds verbleibenden Rest des Reingewinnes dem Spezialreservefonds zuzuweisen.

Die Bilanz weist folgende Posten aus:

Bilanzkonto

Aktiva:	Kč
Barbestände, sofort fällige Forderungen bei tschsl. Geldinstituten, tschsl. Staatsbons und tschsl. Staatskassenscheine	177,097.488.50
Devisen und Schecks in fremder Währung	7,587.706.85
Wechsel	190,920.360.10
Eigene Wertpapiere:	
a) tschechoslowakische	382,984.702.25
b) ausländische	9,403.593.30
c) fällige Kupons u. verloste Werte	2,471.250.35
Beteiligungen	73,000.000.—
Debitoren:	
a) durch Wertpapiere gedeckt	49,502.489.65
b) Forderungen bei ausländischen Banken u. Bankiers	36,691.288.90
c) sonstige	1.853,677.971.75
Immobilien und Inventar	75,091.171.05
Transitorische Aktiva	21,348.094.90
Durchlaufende Posten	592,117.387.10
	2,880,776.117.60

Passiva:	Kč
Eingezahltes Aktienkapital	120,000.000.—
Reserven	18,072.478.20
Pensionsfonds der Angestellten	62,329.600.20
Einlagen:	
a) gegen Einlagebücher	746,770.606.90
b) gegen Kassenscheine	169,191.431.45
Kreditoren:	
a) Geldinstitute	800,806.024.25
b) sonstige	938,975.001.05
Nicht eingelöste Kupons von Aktien eigener Emission	23.232.—
Transitorische Passiva	23,962.059.20
Durchlaufende Posten	592,117.387.10
Reingewinn des Jahres 1933	645.684.35
	2,880,776.117.60

Gewinn- und Verlustkonto

Lasten:	Kč
Zinsen	123,371.570.50
Kosten:	
a) sachliche Verwaltungsauslagen	6,817.961.05
b) persönliche Verwaltungsauslagen	50,360.103.90
Steuern, Gebühren und gesetzliche Beiträge	2,630.426.70
Abschreibungen an Immobilien und Inventar	2,017.649.70
Verschiedene Verlustposten	1,392.993.15
Reingewinn des Jahres 1933	645.684.35
	187,236.389.35

Erträgnisse:	Kč
Zinsen	157,729.908.55
Provisionen	21,192.939.35
Verschiedene Gewinne	8,313.541.45
	187,236.389.35

Zu den einzelnen Bilanzposten wird bemerkt:

Die Barbestände, sofort fällige Forderungen bei tschsl. Geldinstituten, tschsl. Staatsbons und tschsl. Staatskassenscheine verringerten sich um Kč 2,618.708.30 auf Kč 177,097.488.50, Devisen und Schecks in fremder Währung haben sich ein wenig erhöht, und zwar um Kč 768.445.70 auf Kč 7,587.706.85. Wechsel verminderten sich um Kč 57,579.662.75 auf Kč 190,920.360.10, welche Herabsetzung auf die allgemeine Geschäftsschrumpfung zurückzuführen ist.

Die Gesamtsumme der Wertpapiere von Kč 395,859.545.90 bleibt annähernd auf der gleichen Höhe des Vorjahres. Die Post der tschechoslowakischen Wertpapiere ist etwas gestiegen, während die ausländischen Wertpapiere durch Abverkäufe und teilweise durch Kursrückgänge eine Verringerung erfahren haben.

Die Beteiligungen ermäßigten sich um Kč 650.000.— auf Kč 73,000.000.— durch Abverkäufe kleinerer Posten.

Die durch Wertpapiere gedeckten Debitoren zeigen eine Erhöhung um Kč 9,954.077.90 auf Kč 49,502.489,65, die Forderungen bei ausländischen Banken und Bankiers stiegen um Kč 2,689.780.60 auf Kč 36,691.288.90, wogegen sich die sonstigen Debitoren um Kč 186,189.821.60 auf Kč 1.853,677.971.75 durch Rückzahlungen seitens der weniger beschäftigten Industrie vermindert haben. Entstandene Verluste an Forderungen wurden zur Gänze abgeschrieben; bei Bewertung der Debitoren wurde auch auf mögliche Risken Rücksicht genommen.

Die Immobilien und das Inventar sind um Kč 1,981.029.75 niedriger bewertet, und zwar mit Kč 75,091.171.05.

Die Einlagen gegen Einlagebücher und Kassenscheine verringerten sich um Kč 104,046.988.— auf Kč 915,962.038.35, die Kreditoren um Kč 120,333.408.50 auf Kč 1.739.781.025.30. Der Rückgang der fremden Mittel hängt zusammen einerseits mit der allgemeinen Wirtschaftskrise, anderseits mit der Durchführung der Zeichnung der Arbeitsanleihe, an welcher sich die Bank im bedeutenden Ausmaße beteiligte; die Zeichnungen bei der Bank erreichten die Höhe von 142 Millionen Kč.

Im Einklange mit der Verkleinerung der Ziffern des Bilanzkontos ermäßigten sich auch gegenüber dem Jahre 1932 die Ergebnisse des Gewinn- und Verlustkontos.

Die Lastenzinsen verringerten sich um Kč 36,039.969.35 auf Kč 123,371.570.50, hauptsächlich infolge der Herabsetzung der Zinssätze im Sinne der gesetzlichen Regelung.

Diese Regelung, ebenso die Verminderung des Umfanges der Kreditgeschäfte, kamen auch im Rückgang der Ertragszinsen um Kč 40,541.378.60 auf Kč 157,729.908.55 und der Provisionen um Kč 7,313.576.95 auf Kč 21,192.939.35 zum Ausdruck.

Die diversen Gewinne verringerten sich um Kč 1,690.166.05 auf Kč 8,313.541.45.

Die Steuern, Gebühren und gesetzlichen Beiträge verminderten sich um Kč 247.131.65 auf Kč 2,630.426.70.

Die Abschreibungen an Immobilien und am Inventar betragen Kč 2,017.649.70, verschiedene andere Abschreibungen Kč 1,392.993.15.

Der Bank gelang es auch, im Jahre 1933 bedeutende Ersparnisse an der Sach- und Personalregie zu erzielen. Die sachlichen Verwaltungsauslagen ermäßigten sich um Kč 996.890.40, d. i. um 12.7 Prozent, die persönlichen Verwaltungsauslagen um Kč 10,753.005,—, d. i. um 17.6 Prozent gegenüber dem Jahre 1932. Insgesamt verringerten sich die Verwaltungsauslagen um Kč 11,749.895.40, d. i. um 17.1 Prozent gegenüber dem Jahre 1932 und um Kč 43,294.969.54, d. i. um 43.1 Prozent gegenüber dem Jahre 1930. Die durchgeführten Ersparungsmaßnahmen werden sich auch im Jahre 1934 durch eine weitere Senkung der Auslagen auswirken.

PRAGER ZEITUNG

Einigung zwischen Angestellten und Direktion der „Riunione". Wie bekannt, hat die Versicherungs-A.-G. „Riunione Adriatica di Sicurtà" die Bezüge ihrer Angestellten ab 1. Oktober 1933 um 10 Prozent gekürzt. Nunmehr ist es zwischen den Angestellten und der Direktion zu einem neuen Uebereinkommen gekommen, auf Grund dessen die Bezüge lediger Angestellter mit einem Höchstbezug von Kč 14.000.—, verheirateter Angestellter mit einem Höchstbezuge von Kč 18.000.— jährlich überhaupt nicht, die Bezüge der übrigen Angestellten statt um 10, um 5 Prozent gekürzt werden, so daß die seinerzeitige Herabsetzung auf die Hälfte reduziert wird. Die dadurch fällig gewordenen Nachzahlungen an die Angestellten für die Zeit vom 1. Oktober 1933 bis April 1934 werden in der allernächsten Zeit flüssig gemacht werden. Gegenüber von Gerüchten über eine angebliche Intervention des Ministeriums für soziale Fürsorge bei der Direktion obgenannter Gesellschaft konstatiert der Zentralverband der Versicherungsangestellten, daß diese Gerüchte nicht den Tatsachen entsprechen.

Sonntagszüge. Am Sonntag werden bei günstigem Wetter auf der Strecke Prag—Čerčany folgende Personenzüge eingeschoben: Branik ab 7.50, Davle an 8.25; Branik ab 8.15, Tynec an 9.40; Wršchowitz ab 8.45, Jílové an 10.30. Auf der Rückfahrt: Tynec ab 16.50, Weinberge an 19.00; Jílové ab 18.35, Weinberge an 20.13; Pikovice ab 19.15, Weinberge an 21.01; Jílové ab 20.46, Weinberge an 22.05. — Der Personenzug Nr. 3618 (Abfahrt Wilsonbahnhof 8.02) wird in Vrané Anschluß nach Dobříš (Ankunft 10.00) haben.

Kunst und Wissen

Maifestvorstellung

XI. Arbeiter-Vorstellung

Am Montag, den 30. April 1934, um ½8 Uhr abends, im Neuen Deutschen Theater

„Boris Godunow"

Musikalisches Volksdrama in neun Bildern nach Puschkin und Karamsin von M. Mussorgsky. Bearbeitet und instrumentiert von N. Rimsky-Korsakoff. Dirigent: Georg Széll. Inszenierung: Renato Mordo.

Kartenbestellungen auch telephonisch Nr. 72820 ganztägig, 27727 um 5 bis 8 Uhr abends. — Der allgemeine Vorverkauf beginnt Donnerstag, 19. April, bei Optiker Deutsch, Graben, Palais Koruna. — Preise der Plätze: Parterrelogen 70 Kč, I. Ranglogen 70 Kč, II. Ranglogen 60 Kč, III. Ranglogen 35 Kč, Fauteuilsitze, 1 bis 4. Reihe 18 Kč, Parkettsitze, 5. bis 12. Reihe 16 Kč, Parkettsitze, 13. bis 20. Reihe 14 Kč, Balkonsitze, 1. bis 4. Reihe 15 Kč, Balkonsitze, 5. bis 7. Reihe 13 Kč, Galeriesitze, 1. Reihe 11 Kč, Galeriesitze, 2. bis 6. Reihe 10 Kč, Galeriesitze, 7. bis 10. Reihe 8 Kč, Galeriestehplätze 7 Kč.

„Lord Byron kommt aus der Mode"

Schauspiel in 6 Bildern von Max Brod

Auch an diesem Drama, das bei seiner Erstaufführung durch seine Problematik und seine Form interessierte, wird das Schicksal aller literarischen Schöpfungen aus dem „Zwischenreich" deutlich, aus der Epoche, die zwischen dem Weltkrieg und dem Fall Deutschlands in die Hitlerbarbarei liegt, und die uns heute so unendlich fremd anmutet. Nicht nur mit Dramen geht es einem so. Auch die Romane jener Epoche erscheinen heute so wesensfremd, so gleichgültig; man liest, hört, sieht und fragt sich, außerstande sich mit den Einzelheiten zu beschäftigen, was das alles uns heute noch angeht. Vielleicht hätte Max Brods „Lord Byron kommt aus der Mode" sogar von diesem Gesichtspunkt aus seine Aktualität. Nur hätte es dann einer gründlicheren Umarbeitung bedurft. An sich wäre dieses „Aus der Mode kommen" ein sehr zeitgemäßes Thema. Was gestern noch eine Sensation war, worüber man sich aufregte und worum man stritt, das verblaßt zum Schatten eines Ereignisses vor der brutalen Wirklichkeit, die über Nacht von allem Besitz ergriffen hat. Die Wandlung Lord Byrons vom Star der Londoner Salons, dem enfant terrible der Gesellschaft, zum Freiheitskämpfer, der selbstlos für andere ficht und sein Leben einsetzt, um nur ein klein wenig von den Uebeln der Welt zu bessern, dieses eine Problem Brods wäre unter solchem Aspekt ein unmittelbares Gegenwartsproblem. Aber das kam bei der Inszenierung durch Julius Gellner nicht heraus.

Herr Gellner hat einige sehr nötige Striche vorgenommen, er hat einen verbindenden Text zwischen die sechs Bilder geschoben und kommt so der Neigung des Romanciers entgegen, der seine Dramen mit langen erzählenden und erklärenden Zwischenbemerkungen füllt, die es dem Regisseur und dem Darsteller erschweren, mit dem Gerüst des Dialogs all das plastisch zu machen, was zwischen den gesprochenen Sätzen an Kommentar steht, aber man hatte das Gefühl, daß die Bearbeitung doch nicht tief genug eingriff, um das Stück für die Bühne dieser Zeit einzurichten.

Den Lord Byron, den seinerzeit Herr Leitgeb als genialen Naturburschen gespielt hatte, legt Ernst Deutsch als Dandy an und als Genie mit hysterischen Komplexen. Die Rolle erträgt — wie vielleicht die historische Gestalt selbst — beide Deutungen. Freilich packen Not und Sterben des genialen Lords nicht so stark, wenn man ihn als den großen Komödianten des Lebens gibt, wie es Deutsch tut, ihn im schillernden Glanz zwischen Natur und Kunst erscheinen läßt, ohne Antwort auf die Frage, welches seine wahre Seele ist. Solch eine ewig problematische Figur mit Virtuosität zu zeichnen, gehört zu dem Besten, was Ernst Deutsch zu geben hat.

War Frau Warnholtz in der Rolle der Lady Byron, als sittenstrenge Engländerin gut am Platz, scharf charakterisierend, ohne zu karikieren, so war die Rolle der Augusta Byron mit Grete Berndt ausgesprochen fehlbesetzt. In der Erstaufführung ist die Liebesszene zwischen den Halbgeschwistern die lebendigste, stärkste Szene des ganzen Dramas ge-

Falsche Diphtheriebekämpfung

Von Doz. Dr. Theodor Gruschka.

Die Diphtherie ist eine gefürchtete Seuche. Seit einer Reihe von Jahren steigt die Zahl der Erkrankungen ständig. In manchen Orten hat die starke Ausbreitung der Epidemie die Eltern in panische Unruhe versetzt.

Es soll hier nicht das ganze Problem der Seuchenbekämpfung kritisch erörtert werden. Es ließe sich manches über die Notwendigkeit eines viel aktiveren Vorgehens bei der Propaganda und Durchführung der Schutzimpfung, über die Unzulänglichkeit der bakteriologischen Diagnostik in der Provinz und über die Zurückgebliebenheit der Krankenhäuser sagen. Hier sei nur auf eine Besonderheit in unserer Seuchenbekämpfung hingewiesen, die weit über den Kreis der jeweils Betroffenen Beachtung findet und von allergrößter Bedeutung ist: Es ist die bei uns herrschende Praxis, die Verpflegskosten für die über behördlichen Auftrag gegen den Willen der Eltern durchgeführte Isolierung im Krankenhaus von den Angehörigen des kranken Kindes zu fordern und mit Härte einzutreiben.

Als Beispiel diene folgender Vorfall der letzten Zeit. (Namen und Ort sind weggelassen; sie sind auch unwesentlich. Es handelt sich nicht um Besonderheiten eines bestimmten Krankenhauses, sondern um eine für das Land Böhmen allgemeingiltige Erscheinung.)

Ein Kind erkrankt an Diphtherie und wird, da die Wohnung für die Isolierung nach den geltenden Bestimmungen nicht zureicht, über amtsärztliche Weisung im Krankenhaus untergebracht. Dort bleibt es vier Wochen, nicht etwa, weil es solange krank ist, sondern weil es bis zur Bazillenfreiheit zurückgehalten wird. Dieses kranke Kind lebt mit der vom Vater verlassenen Mutter und einem Geschwister bei den Großeltern. Der Großvater ist Pensionist und hat ein Monatseinkommen von Kč 744.95. Dieser Pensionist erhielt nach der Entlassung seines Enkelkindes aus dem Krankenhaus dieses Schreiben:

„Herren Karl und Anna X. Wir übermitteln Ihnen in der Beilage eine Verpflegskostenrechnung über die für die Verpflegung Ihres Enkelkindes N. N. im hiesigen Krankenhaus vom 10. Jänner bis 8. Feber 1934 noch unbezahlt aushaftenden Verpflegskosten im Betrage von 600 Kč und ersuchen um gefl. Anweisung dieser Kosten.

Da die Eltern des verpflegten Kindes laut Erhebung nicht in der Lage sind, diese Kosten bezahlen zu können, sind nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches Sie zur Zahlung der sonst uneinbringlichen Verpflegskosten verpflichtet, da durch die gepflogenen Erhebungen sichergestellt wurde, daß Sie den Betrag von 600 Kč ohne Gefährdung Ihrer Existenz bezahlen können.

Wir bewilligen Ihnen die Zahlung dieses Betrages von 600 Kč in 6 aufeinanderfolgenden Monatsraten von je 100 Kč. Die erste Rate ist am 1. April d. J., die weiteren Raten jeweils am Ersten eines jeden Monates fällig. Wir ersuchen um genaueste Einhaltung dieser Fristen. Nach Verbrauch der beiliegenden 8 Erlagscheine wollen Sie weitere verlangen. Der Verwalter: Namen."
1 Rechnung.

Von 745 Kč leben derzeit fünf Personen. Das Krankenhaus fordert trotzdem 600 Kč für eine Leistung, die gegen den Willen des Zahlungspflichtigen erfolgt ist. Die Mutter hätte ihr Kind gar nicht hergegeben, wenn sie nicht gezwungen worden wäre, sie hätte es viel lieber selbst gepflegt; und da man sie schon zur Abgabe gezwungen hat — warum für 30 Tage, da die Krankheit viel kürzere Zeit dauerte? Und nach diesem zum Schutze der Allgemeinheit auferlegten harten Zwang soll der Großvater, der mit seiner Altersrente fünf Personen erhält, fast ein volles Monatseinkommen bezahlen?

Hier liegt ein schreiendes Unrecht vor! Die Krankenhäuser, die offenbar nach höheren Weisungen vorgehen, können sich leider auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (Zahl 6707 in der Sammlung d. O. G.) berufen, in welcher die Ansicht ausgesprochen ist, daß der Landesfonds berechtigt ist, vom ehelichen Vater den Verpflegskostenersatz zu verlangen, auch wenn der Vater mit der Abgabe des mit einer ansteckenden Krankheit behafteten Kindes nicht einverstanden war. Mit dieser Ansicht des Obersten Gerichtshofes hat sich Prof. Dr. Ernst Hoyer in der Zeitschrift für Kommunalverwaltung (Teplitz-Schönau, Jahrg. 11/1931 — Folge 18) kritisch auseinandergesetzt und hat mit zwingender Beweiskraft nachgewiesen:

„Die Krankenhausverpflegskosten für Kranke, die an einer anzeigepflichtigen Infektionskrankheit leiden, haben die Aufenthaltsgemeinden zu tragen. Es ist ganz gleichgültig, ob der Kranke oder dessen Angehörige mittellos oder bemittelt sind, denn die Unterbringung des Kranken ist eine Maßnahme der Absonderung, für welche nach den geltenden Gesetzen die Aufenthaltsgemeinden aufzukommen haben."

Diese Darlegungen Prof. Hoyers sind nur insofern zu ergänzen, als auch die Aufenthaltsgemeinde die Isolierungskosten im Krankenhause nur für jene Zeit zu tragen hat, in welcher das Kind krank, also mit Krankheitszeichen behaftet ist. Für den Rest der Krankenhausaufenthaltsdauer, während dessen der Pflegling wegen Ansteckungsfähigkeit abgesondert bleibt, hat nach dem geltenden Epedemiegesetz der Staat die Krankenhauskosten zu zahlen. (Siehe meine Ausführungen in der Zeitschrift für Kommunalverwaltung, Jahrgang 11—1931, Folge 21.)

Die Landesbehörde und Krankenhäuser haben ihre Praxis nicht geändert. Die Verpflegskosten werden mit Härte von den Parteien eingefordert, auch dort, wo dadurch das Brot der Familie geschmälert wird!

So darf es nicht bleiben: Nicht nur deshalb muß eine Aenderung erfolgen, weil hier im Zwang zur Bezahlung einer im Interesse der Allgemeinheit aufgenötigten Leistung ein schreiendes Unrecht vorliegt, weil bestehende Gesetze verletzt werden, sondern auch deshalb, weil durch dieses Vorgehen die Seuchenbekämpfung in schwerster Weise beeinträchtigt wird: die Angst vor der durch die unerwünschte Krankenhauspflege erwachsenden Belastung ist für manche Eltern ein Grund, die Zuziehung eines Arztes hinauszuschieben. Die Verzögerung der ärztlichen Hilfe ist gerade bei der Diphtherie von katastrophaler Schädlichkeit. Auch für den Amtsarzt ist der gegenwärtige Zustand unerträglich. Wie soll er Kraft und Energie aufbringen zu an und für sich harten Maßnahmen, wenn er dabei zugleich Zahlungsverpflichtungen von gewaltiger Schwere auferlegt? Die Amtsärzte leiden unter dem Bewußtsein, ihr Handeln in so unerträglicher Weise zu belasten und sich selbst so sehr der Unpopularität, je dem Hasse, auszusetzen.

Es muß also der durch das Epidemiegesetz vom 14. April 1913 angestrebte Zustand sinngemäß verwirklicht werden: Die Absonderung des Kranken und Ansteckungsverdächtigen (einschließlich der Ueberführung), die doch im Interesse der Allgemeinheit erfolgt, darf den Kranken und seine Angehörigen keineswegs etwas kosten. Es genügt, daß sie sich den Absonderungsvorschriften fügen und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten und Härten ertragen. Ob allerdings die Aufenthaltsgemeinden heute die Kosten für die Absonderung der Kranken tragen können, ist eine zweite Frage, deren Lösung ebenfalls nicht hinausgeschoben werden darf. Aber keinesfalls darf deshalb das Unrecht fortgesetzt werden: arme, durch Krankheit betroffene Menschen mit Geldopfern für Leistungen zu belegen, die gegen ihr Interesse erzwungen werden!

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken. — Die Zeitungsfrankatur wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis", Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.-G., Prag.

wesen, geladen mit Erotik, die nicht einfach in den Worten war, sondern aus den Seelen glühte. Diesmal war es in Newstead Abbey wirklich winterlich und soweit die frostige Stimmung durch Worte und Gesten der Liebe zerrissen wurde, nur peinlich. Das Drama gibt hier einen Abglanz der Urleidenschaften, die Aufführung gab nur die Kolportage eines Inzests. Das lag sichtbar an der Darstellerin, an der kein Ton echte Leidenschaft und nichts Natur, sondern alles pompös damenhaft war, deren erotische Mimik keine Nuance hat, deren Stimme durch ihren blonden Timbre desillusioniert.

Unter den vielen männlichen Nebenrollen waren einige gut ausgefüllt. Taub als Rechtsanwalt, Ströhlin als leichtsinniger Freund Byrons, Jantsch als Oberst Stanhope fielen angenehm auf. Das Publikum nahm das Stück freundlich, aber ohne Zeichen stärkeren Interesses auf. E. F.

Sozialdemokratische Frauenorganisation Prag

Der nächste Frauen- u. Mädchenabend ist am Montag, den 23. April, abends 8 Uhr im neuen Parteiheim, Prag II., Národní třída 1, 3. Stock, (neben dem Národní divadlo). Genosse Kern spricht über das Thema:

Gibt es eine fascistische Gefahr in der Tschechoslowakei?"

Kinderfreunde Prag

Sonntag, den 22. April, Tagesausflug nach Roztok in die Baumblüte. Zusammenkunft 9 Uhr vormittag im Baumgarten Endstation der Linie 6.

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag. 22. April 1934. Zusammenkunft um 8 Uhr, am Braniker Bahnhof. Fahrt nach Libřic. Wanderung durch das Zabokaner Tal nach Zabokany, weiter in die Bergstadt Eule, dann nach Zambach, von dort auf dem schönen Sázava-Steig nach Pikovitz. Fahrpreis etwa 7 Kč. Legitimationen mitnehmen: Führer: Zechner. **Voranzeige:** Pfingsttour ins Egertal. Anmeldungen und Informationen jeden Freitag in der Geschäftsstelle Národní třída Nr. 4, 2. Stock.

PRAG

Genossin! Genosse! Weißt Du schon, wie schön es ist, im Freien zu turnen? Lerne es kennen! Komm zu unserer dritten Wanderung! Sonntag früh, Punkt 8 Uhr, geht es los, diesmal vom Baumgarten aus, von der Endstation der Sechser. Unser Ziel sind die Suchdoler Felsen. Nimm Dein Turnzeug mit!

Geschäfte, die in andern Tageszeitungen inserieren, aber **den Sozialdemokrat** nicht berücksichtigen, bekunden damit, daß sie die wirtschaftliche Bedeutung der Kaufkraft unserer Leser noch **nicht** erkannt haben oder nicht erkennen wollen. Zeitung lesen heißt, auch den Anzeigenteil beachten und beim Einkauf die Inserenten bevorzugen. Niemand wird sich Geschäftsleuten aufdrängen, die Arbeiterkundschaft nicht **zu schätzen wissen**

Trinke Dich gesund

bei Erkrankungen des Magens, Darmes, der Leber, Gallenblase, Gelbsucht, Nierensteine, Blasenleiden, Zuckerkrankheit, Gicht, Folgezustände nach Tropenkrankheiten usw.

in Karlsbad

Auskünfte und Broschüren durch jedes Reisebüro oder direkt durch die **Kurverwaltung Karlsbad.** Karlsbader Mineralwasser und Quellenprodukte durch die Karlsbader Mineralwasserversendung

2366

GEDENKET
bei allen Anlässen
der Arbeiterfürsorge!

Urania-Kino, Klimentská 4.
Fernsprecher 61622
Ab Freitag:
Das Häuschen in Grinzing
Premiere der deutschen Fassung. Petrovich, Greil Theimer u. a. Bühnenschau: Telepathie- und Hellsehmedium Karely.

„Und wirst im Alter zu Grabe kommen wie Garben eingeführet werden zu seiner Zeit." (Buch Hiob, Kap. 5, Vers 26.)

FRANTIŠEK ŠIMONEK gibt im eigenen, im Namen seiner Gattin und seiner Kinder sowie auch sämtlicher Anverwandten bekannt, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, plötzlich und unerwartet seinen Vater, Herrn

Senator Josef Šimonek

Gutsbesitzer in Lobeč bei Mělník,

am 18. d. M. um sieben Uhr abends zu sich zu berufen.

Wer ihn kannte, wird den Verlust ermessen, den wir erlitten haben.

Das Begräbnis findet vom Trauerhause in Lobeč am 21. April um zehn Uhr vormittags und die Einäscherung am gleichen Tage um drei Uhr nachmittags im neuen Krematorium in Prag-Strašnice statt.

Statt Kranzspenden bitten wir, wohltätiger Zwecke zu gedenken.

Stránov, am 19. April 1934.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Schmerzlich bewegt geben wir bekannt, daß Herr

Senator Josef Šimonek

Präsident des Verwaltungsrates unserer Gesellschaft,

plötzlich verschieden ist.

Er starb am Mittwoch, den 18. April 1934, um 19 Uhr im 72. Lebensjahre.

Inmitten eifriger und aufopferungsvoller Tätigkeit zum Wohle und Gedeihen unserer Werke verläßt er uns kurz nach dem fünfzigjährigen Jubiläum seiner Tätigkeit in unserem Unternehmen.

Den Schmerz über unseren Verlust vermag nur die dauernde Dankbarkeit aller jener zu mildern, mit denen und für die er während dieser langen Jahre arbeitete und die ihm stets die höchste Achtung und ein unvergängliches Gedenken bewahren werden.

Aktiengesellschaft
vormals ŠKODAWERKE IN PILSEN